

EU, Ukrainekrieg, Demokratie

Der „Strategischer Kompass“ der EU Von Gerald Oberansmayr	S. 1
Dringliches Energiegesetz: verfassungswidrig	S. 4
Der russische Angriff auf die Ukraine Von Paul Ruppen	S. 5

L'EEE en Norvège; EU-Chatkontrolle

Buchbesprechungen	S. 9
L'expérience norvégienne de l'Espace économique européen (EEE) par Morten Harper	p. 13
La lutte de l'UE contre le succès du Brexit par Patricia McKenna	p. 16
EU-Chatkontrolle Von Eveline Steinbacher	S. 17
Kurzinfos	S. 19



edito

Der nicht zu rechtfertigende russische Angriff auf die Ukraine hat nicht nur die verbliebene Opposition in Russland weitgehend ausgeschaltet und damit eine Wiederbelebung der Demokratie dort aufs erste verunmöglicht, sondern droht auch im restlichen Europa die Demokratie zu schwächen. Nach der massiven Mobilisierung und Militarisierung der ukrainischen Bevölkerung gegen die Invasoren wird der Übergang zur Nachkriegszeit bezüglich Demokratie kein Kinderspiel werden. Die wirtschaftlichen Bedingungen werden katastrophal sein. Ein allfälliger EU-Beitritt wird der konkurrenzschwachen Wirtschaft erheblich schaden. In der EU droht ein weiterer Zentralisierungsschub bezüglich Militarisierung – mit einem entsprechenden Verlust an demokratischer Kontrolle in den Mitgliedstaaten. In der Schweiz gerät die Demokratie unter dem Eindruck der Energieknappheit ebenfalls unter Druck. Die

Parlamentarier setzen sich mit Notrecht (Energiegesetz, Dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter vom 30. September 2022) an die Stelle der Verfassung und legiferieren ohne Beachtung der Gewaltentrennung und völlig überhastet vor sich hin – zu Lasten der Umwelt und einer sinnvollen Entwicklung der Energieversorgung. Es drohen neben Schäden für die Landschaft und die Biodiversität massive Fehlinvestitionen. Die Subventionsjäger freuen sich: die alpinen Solaranlagen sollen bis zu 60% subventioniert werden, was uns schliesslich 3 Milliarden Franken kosten dürfte.

Paul Ruppen

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 2 Mal pro Jahr das

EUROPA-MAGAZIN herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direkte demokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums, engagieren Sie sich oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2023 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis – sind aber, wenn sich der Abo- und Mitgliederstamm nicht ausweitet, bald dem Untergang geweiht. Wie wäre es, wenn jede Leserin oder Leser uns je einen Abonnenten, eine Spenderin oder ein Mitglied sucht? Sie könnten sich z.B. auch als Lektorin oder Lektor einbringen.

Alle Nummern seit 1999 sind auf unserer Home-Page <https://www.europa-magazin.ch> – auch als pdf-Version – dauerhaft einsehbar. Dort kann man mit Stichworten auch in den Texten suchen, um alle Artikel mit dem entsprechenden Stichwort aufzufinden.

Zu Werbezwecken können Sie bei uns alte Nummern (Papierversion) bestellen.



Quantensprung der EU-Militarisierung

Der „Strategischer Kompass“ der EU

Mit dem im März 2022 beschlossenen „Strategischen Kompass“⁽¹⁾ will die EU einen „Quantensprung“ bei Aufrüstung und Kriegsfähigmachung vollziehen. Denn: Die EU „muss sich als geostrategischer Akteur der obersten Kategorie begreifen.“ (Josep Borrell, "Hoher Vertreter" der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der EU-Kommission von der Leyen)

von Gerald Oberansmayr*

Am 25. März 2022 beschloss die EU den „europäischen Kompass“ – den bislang wohl ambitioniertesten Plan zur Hochrüstung und globalen Kriegsfähigmachung der Europäischen Union. In dieses Dokument wurden in den Wochen davor noch schnell etliche Passagen zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine eingefügt, wohl um zu suggerieren, die EU würde damit auf die russische Aggression reagieren. Tatsächlich wurde an diesem Kompass schon seit Jahren gearbeitet. So vermeldete das deutsche Verteidigungsministerium unmittelbar nach der Beschlussfassung auf seiner Webpage: „Der Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung wurde durch die Außen- und Verteidigungsminister der EU-Mitgliedsstaaten angenommen. Damit geht ein zweijähriger durch Deutschland initiiertes Strategieprozess erfolgreich zu Ende.“⁽¹⁾

Das österreichische Bundeskanzleramt ergänzt: „Der ‚Strategische Kompass‘ beschreibt die gemeinsamen strategischen Ziele der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung bis 2030. Er verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten zudem zu einer Reihe konkreter Ziele für die kommenden 5 bis 10 Jahre. Somit ist der ‚Strategische Kompass‘ zugleich ein strategisches Grundlagendokument und ein ambitionierter Aktionsplan.“⁽²⁾

Nun, wozu verpflichtet der „Strategische Kompass“ (SK) die EU-Mitgliedstaaten? Das Ziel ist tatsächlich ambitioniert. Wörtlich heißt es im SK: „Das feindlichere Sicherheitsumfeld erfordert, dass wir einen Quantensprung nach vorn machen und unsere Handlungsfähigkeit und -bereitschaft erhöhen.“⁽³⁾ (Seite 2)

„Freier Handel“, „kritische Rohstoffe“, „Wettbewerb der Governance-Systeme“

Welche Begründungen nennt der SK für diesen Quantensprung der Militarisierung. Einige Antworten kennen wir schon aus vorherigen EU-Dokumenten, wie z.B. der EU-Globalstrategie (2016). Diese werden im SK bekräftigt: Die EU müsse

¹⁾ Solidarwerkstatt Linz, <https://www.solidarwerkstatt.at/>

²⁾ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/> und dort das Dokument: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7371-2022-INIT/de/pdf>

³⁾ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/strategischer-kompass-entwicklung-strategischer-grundlagen-278176>

²⁾ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/2022/schneller-flexibler-und-handlungsfahiger-strategischer-kompass.html>

rüsten, um „freien Handel und Energieversorgungssicherheit“, die Abwehr der „Gefährdung globaler Lieferketten“, den „ungehinderten Zugang zu den Hochseegewässern und kritischen Seewegen“ notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Bemerkenswert ist, wie stark die Klimakrise nun zum Anlass für Hochrüstung genommen wird: „Der Wettbewerb um natürliche Ressourcen wie landwirtschaftliche Flächen und Wasser und die Nutzung von Energieressourcen zu politischen Zwecken“ nehme zu. Außerdem sei „die Dekarbonisierung mit spezifischen Sicherheits Herausforderungen verbunden“, wie etwa dem „Zugang zu kritischen Rohstoffen“. Salopp übersetzt: Krieg nicht nur ums knapper werdende Öl und Gas, sondern auch um Lithium und Kobalt für Elektro-Autos.⁽³⁾ (Seite 12)

Diese Aufrechterhaltung der neoliberalen Globalisierung, die die EU bekanntlich sogar im EU-Primärrecht verankert hat, drängt zunehmend in die geopolitische Konfrontation zwischen Großmächten. Das liest sich im SK folgendermaßen: „Wir sehen uns einem Wettbewerb der Governance-Systeme und einem echten Kampf der Narrative gegenüber.“ Das betrifft zum einen China, das als „Kooperationspartner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale“ bewertet wird. Gar nicht gern gesehen wird, dass „China zur Beschränkung des Zugangs zu seinem Markt tendiert und versucht, die eigenen Standards weltweit zu fördern“⁽³⁾ (Seite 8).

Doch das Böse schlechthin ist Putins Russland, das „mit seiner Aggression gegen die Ukraine grob gegen das Völker-

recht und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen verstößt und die Sicherheit und Stabilität Europas und der Welt gefährdet“⁽³⁾ (Seite 5). Bekanntlich können die EU-Staaten oft im Verbund mit den USA selbst auf eine lange Geschichte eigener Verstöße gegen das Völkerrecht und die Grundsätze

³⁾ Rat der Europäischen Union, Der Strategische Kompass, Brüssel, 21.3.2022



der UN-Charta zurückblicken. Den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen von NATO/EU gegen Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen sowie anderen Interventionen, die von westlichen Mächten unterstützt wurden, sind in den letzten Jahrzehnten Millionen von Menschen zum Opfer gefallen. Was die EU hier empört, ist also offensichtlich nicht der Verstoß gegen das Völkerrecht an sich, sondern dass sich mittlerweile auch andere Mächte anmaßen, Verbrechen zu begehen, die die westlichen Großmächte bislang als ihr ausschließliches Privileg betrachteten. „Quod licet Jovi, non licet bovi“⁴⁾, wussten bereits die alten Römer.

Der SK stellt den russischen Machthabern unverhohlen die Regime-Change-Rute ins Fenster: „Die Verantwortlichen für diese Verbrechen, einschließlich Angriffen auf die Zivilbevölkerung und zivile Ziele, werden zur Rechenschaft gezogen werden“. Sofern man keine doppelten Standards anwendet, müsste sich Putin dann eine lange Anklagebank mit Bush, Obama, Trump, Schröder, Fischer, Sarkozy, Blair und vielen anderen Staatsoberhäuptern der „westlichen Wertgemeinschaft“ teilen. Doch im SK finden sich nicht einmal Spurenelemente einer kritischen Selbstreflexion der westlichen Verantwortung für Krieg und Völkerrechtsbruch. Denn dann würde die fast schon hysterische Aufrüstungspropaganda, die den SK durchzieht, wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Von der Arktis bis Zentralafrika, vom Atlantik bis in den indopazifischen Raum

Der SK folgt der „Grand Area“-Konzeption, wie sie ein EU-Think-Tanks, die „Group on a Grand Strategy“, bereits vor zehn Jahren formuliert hat. Es geht um die militärische Kontrolle eines Raumes, der von der Arktis bis Zentralafrika, von der „östliche Nachbarschaft“ (Ukraine, Südkaukasus) über den Nahen und Mittleren Osten bis in den indopazifischen Raum reicht, insbesondere auch die Kontrolle über die dazugehörigen Meere. Namentlich genannt wird die „maritime Sicherheit in der Ostsee, im Schwarzen Meer, im Mittelmeer und in der Nordsee sowie in den arktischen Gewässern, im Atlantik und in den Gebieten in äußerster Randlage... Meeresgebiete, kritische Seeverbindungen und mehrere Meerengen sowie Meeresböden, vom Golf von Aden bis zur Straße von Hormuz und jenseits der Straße von Malakka.“ Zur geographischen Erläuterung: „Jenseits der Straße von Malakka“ beginnt das südchinesische Meer.

⁴⁾ Übersetzt: „Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt.“ Sinngemäß: „Was der Höherstehende darf, ist dem niedriger Stehenden nicht erlaubt.“

Global agierende EU-Eingreiftruppe

Wer globale Kriegseinsätze durchführen will, braucht entsprechende trainierte Truppenkontingente, Kommandostrukturen und Einsatzstrategien. Die Pläne des SK:

- Aufbau einer militärischen Eingreiftruppe von 5.000 SoldatInnen bis 2025. Das ist eine Weiterentwicklung des bisherigen „Battlegroups“-Konzepts. Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ: Neben Bodentruppen sollen je nach Bedarf auch Luft- und Seestreitkräfte zur neuen Truppe gehören. Durch „maßgeschneiderte Truppenpakete mit Land-, See- und Luftkomponenten, verschiedene Grade der Einsatzbereitschaft und längere Bereitschaftszeiten“ soll „ein robusteres und flexibleres Instrument entstehen“⁽³⁾ (Seite 14).
- Da 5.000 Mann/Frau aber noch kein „Quantensprung“ für globale Militärinterventionen sind, hält der SK ausdrücklich fest, dass die EU-Eingreiftruppe mit militärischen Kontingenten der EU-Staaten kombiniert werden soll. Wie groß eine solche EU-Interventionsstreitmacht dann sein kann, wird bloß angedeutet: Der Umfang der Truppe wird „an die vom Rat festgelegten Ziele und Anforderungen der Militäroperation angepasst.“ Der 5.000 Mann/Frau-Truppe dient „beim Ersteinsatz, zur Verstärkung oder als Reservekraft zur Absicherung eines Rückzugs“⁽³⁾ (Seiten 13f).
- Stärkung und Zentralisierung der Führungsstrukturen auf EU-Ebene: So soll bis 2025 die „volle Einsatzbereitschaft“ des „Militärischen Planungs- und Durchführungsstabes“ erreicht sein. Damit soll ein operatives EU-Hauptquartier auf strategischer Ebene entstehen, das Kriegseinsätze der EU-Eingreiftruppe kommandiert. Bereits ab 2023 sollen eigene EU-Militärmanöver von diesem EU-Hauptquartier geleitet werden.
- Ab Ende 2022 soll die Verkehrsinfrastruktur im gesamten transeuropäischen Verkehrsnetz so ausgebaut werden, dass schweres Kriegsggerät für EU- und NATO-Einsätze rasch verlegt werden kann.
- Einrichtung einer eigenen EU-Weltraumstrategie, um die Weltraumpolitik, die in der EU bislang unter ziviler Kontrolle stand, für militärische Zwecke zu öffnen.
- Aktualisierung der EU-Strategie für maritime Sicherheit, um die maritime Präsenz der EU im indopazifischen Raum und den Gewässern rund um Afrika auszuweiten.
- Entwicklung einer eigenen EU-Luftraumstrategie, „um unseren unangefochtenen Zugang zum Luftraum zu erhalten“⁽³⁾ (Seite 24).
- Verstärkte Zusammenarbeit der Geheimdienste und die Stärkung des EU-Satellitenzentrums, um über die entsprechenden Geodaten für militärische Aktivitäten zu verfügen.
- Informationskrieg: Ausweitung der Kompetenzen, um „entschlossen auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung zu reagieren, so wie wir es mit unserem entschiedenen und koordinierten Vorgehen gegen die Desinformationskampagne Russlands im Zusammenhang mit seiner militärischen Aggression gegen die Ukraine getan haben“⁽³⁾ (Seite 22), eine euphemistische Umschreibung für Zensur und das Verbot von „Feindsendern“.



Zusätzlich 200 Milliarden für neues Kriegsgerät

Den größten Quantensprung will die EU bei der Entwicklung und Produktion von neuem Kriegsgerät machen. 2020 gaben die EU-Staaten (ohne Großbritannien) zusammen bereits 200 Milliarden Euro aus (eine reale Steigerung von 25% seit 2014!). Das ist fast das 4-Fache des russischen Militärbudgets (inkl. Großbritannien fast das 5-Fache!). Doch den EU-Mächtigen ist das viel zu wenig. EU-Kommissionschefin Van der Leyen verlaublich im Mai 2022 stolz, dass „die EU-Staaten bereits zusätzliche Ausgaben in Höhe von 200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre angekündigt haben. Wir müssen diese Dynamik aufrechterhalten.“

Um diese Rüstungsdynamik aufrechtzuerhalten, will der SK die „Kohärenz“ von EU-SSZ („Ständig Strukturierte Zusammenarbeit“), CARD (koordinierte jährliche Überprüfung der Rüstungsambitionen durch die EU-Rüstungsagentur) und des EU-Rüstungsfonds festzurren. Diese drei Instrumente, die in den letzten Jahren entwickelt worden sind, dienen dazu, die allgemeine Aufrüstungsverpflichtung im EU-Vertrag auf konkrete Vorgaben für die einzelnen EU-Staaten herunterzubrechen. Alle Waffengattungen – Boden, See, Luft, Weltraum und Cyberspace – sind davon erfasst.

Neben der Aufstockung der nationalen Militäretats sollen auch die EU-Töpfe für die Erforschung, Entwicklung und Beschaffung von Kriegsgerät gefüllt werden. Dazu gehört:

- die Ausweitung des langfristigen Finanzvolumen des Europäischen Rüstungsfonds für Rüstungsinvestitionen und Rüstungsforschung
- die „volle Ausschöpfung aller Synergien mit anderen Finanzierungsinstrumenten der EU wie Horizont Europa, dem Programm „Digitales Europa“, der Fazilität „Connecting Europe“, dem EU-Weltraumprogramm, dem Europäischen Innovationsrat und InvestEU“⁽³⁾ (Seite 33)
- die Mehrwertsteuerbefreiung von Rüstungsgütern, die über den EU-Rüstungsfonds kofinanziert werden
- die Erleichterung des Zugangs der Rüstungsindustrie zu privaten Finanzmitteln (z.B. durch Nutzung der Europäischen Investitionsbank)
- die Erleichterung und Vereinheitlichung der Exporte von Rüstungsgütern, die über den EU-Rüstungsfonds mitfinanziert wurden

„Rascher, flexibler und robuster“

Aber was nutzen Soldaten, Truppen, Kriegsgerät und Kommandostrukturen, wenn der politische Wille, sie auch tatsächlich einzusetzen, nicht durchgesetzt werden kann? Dass in der EU nach wie vor das Einstimmigkeitsprinzip in der GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) gilt, ist den Machteliten in Brüssel, Berlin und Paris schon lange ein Dorn im Auge, das ihrem militärischen Tatendrang im Weg steht. Das Europäische Parlament hat vor Kurzem beschlossen, ein Vertragsänderungsverfahren einzuleiten, um diese Vetomöglichkeit zu eliminieren. Doch das kann noch Jahre dauern. Der SK fordert, rasch alles zu realisieren, was im Rahmen des bestehenden EU-Vertrages möglich ist, um Militäreinsätze der EU „rascher, flexibler und robuster“⁽³⁾ (Seite 2) auf Schiene zu

bringen. Dazu gehören:

- die Nutzung des Instruments der „konstruktiven Enthaltung“. Das heißt, wer nicht für einen Kriegseinsatz ist, soll darauf verzichten, mit seinem Veto einen Kriegsbeschluss zu blockieren. Das Land, das sich „konstruktiv enthält“ muss den Beschluss nicht durchführen, „unterlässt aber im Geiste gegenseitiger Solidarität alles, was dem auf diesem Beschluss beruhenden Vorgehen der Union zuwiderlaufen oder es behindern könnte“ (Artikel 31, EUV).
- die Erleichterung von Kriegseinsätzen einer „Allianz der Willigen“. Für solche Kriegsallianzen innerhalb der EU öffnet schon jetzt der Artikel 44 EUV die Tür.
- die verstärkte Finanzierung von EU-Militäreinsätzen aus der neu gegründeten EU-Kriegskasse mit dem Orwellschen Namen EU-„Friedensfazilität“. Diese wird von EU-Staaten entsprechend ihrem Anteil am BIP finanziert. Das heißt, alle haben zu zahlen, auch wenn nur ein Teil der EU-Staaten in den Krieg zieht. Das soll die Schwelle fürs Mitmarschieren senken.

„Geostrategischer Akteur der obersten Kategorie“

Der Hohe Vertreter für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell hat die imperialen Ambitionen des SK folgendermaßen umrissen: „Wir müssen die Sprache der Macht neu erlernen und uns selbst als geostrategischen Akteur der obersten Kategorie begreifen. ... Das Problem Europas ist nicht die fehlende Macht. Das Problem ist vielmehr der mangelnde politische Wille, diese Machtfaktoren zu bündeln, um ihre Kohärenz sicherzustellen und ihre Wirkung zu maximieren.“⁽⁵⁾

Europäische Weltmachtphantasien hinterließen schon oft fürchterliche Blutspuren und endeten in Trümmern. Wir können diesen Aufrüstungswahnsinn stoppen, wenn es gelingt, das Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung an Frieden und Abrüstung wieder zu einer mächtigen Friedensbewegung zu bündeln. ■



Quelle: <https://www.iiss.org/publications/the-military-balance>

⁵⁾ Tagesspiegel, 08.02.2020



Das Parlament «ausser Rand und Band»

Dringliches Energiegesetz: dringlich erklärt ohne Not und verfassungswidrig

Ein Rechtsexperte kritisierte, das Energiegesetz, das Ende September 2022 von den Eidgenössischen Räten durchgewinkt wurde, sei nicht verfassungskonform. Im Bundeshaus wird das gar nicht abgestritten. Die Dringlichkeit bei der Versorgungssicherheit Sorge für einen Handlungszwang. Die entsprechenden Argumentationen sind haarsträubend. Subventionsjäger verschiedener Couleur sind hochofreut: 60% der Investitionen übernimmt der Steuerzahler.

Das Parlament sei «ausser Rand und Band», kritisierte der Umweltrechtsprofessor Alain Griffel am 28. September 2022 auf Radio SRF (<https://www.srf.ch/news/schweiz/dringliches-energiegesetz-umweltrechtler-sieht-forcierte-solaroffensive-kritisch>). Griffel sagt, dass das dringliche Gesetz für zwei neue grosse Photovoltaik-Anlagen in den Alpen und für die Aufstockung der Grimsel-Staumauer gleich mehrfach die Verfassung verletze.

Das Parlament hat nämlich bezüglich der beiden geplanten grossen Fotovoltaikanlagen in den Walliser Alpen beschlossen, dass die Realisierung dieser Projekte grundsätzlich Vorrang hat vor dem Umweltschutz. Dies ist verfassungswidrig, da nun keine Güterabwägung mehr erfolgt. Zweiter Punkt: Das Parlament hat auch ins Gesetz geschrieben, dass für die beiden hochalpinen Fotovoltaikanlagen keine Planungspflicht mehr bestehe. Damit greife das Parlament in die verfassungsmässige Hoheit der Kantone ein. Schliesslich kritisiert Griffel, dass das Parlament das neue Gesetz für dringlich erklären will. «Die Frage, die man klarstellen müsste, wäre: Worin besteht die objektive Dringlichkeit, die es nicht erlaubt, eine 100-tägige Referendumsfrist und ein auffälliges Referendum abzuwarten?» In der Tat können diese Projekte gar nicht innert kurzer Frist gebaut werden.

Nationalrat Philipp Bregy, Fraktionschef der Mitte, rechtfertigt sich: «Ich mag diesen Terminus ‘ausser Rand und Band’ gar nicht, weil er das Parlament disqualifiziert.» Er lese die Dinge anders und habe überhaupt keine Bedenken wegen der Verfassungsmässigkeit. «Ich erachte es als meine Pflicht als Parlamentarier, in einer solchen Krise die nötigen Entscheide zu treffen, um möglichst schnell aus dieser Krise herauszukommen», so Bregy, der Jurist. Er erachtet es also als Pflicht, die Verfassung zu übergehen, wobei das Parlament durch die Wortwahl von Griffel wohl kaum disqualifiziert wird – das machte dieses schon durch sein Verhalten selbst. So wie Bregy argumentiert, können wir uns künftig auf einiges gefasst machen. Man definiert eine Krise und kann dann ausserhalb von Verfassung und Gesetz und jenseits der Gewaltentrennung durchgreifen.

Praktisch gleich argumentiert auch der Fraktionschef der SP, Roger Nordmann. «Wir sehen jetzt, dass die internationale Lage ganz schwierig ist.» Die Sprengung von beiden Nordstream-Pipelines zeige laut Nordmann, «dass wir auf längere Zeit ein Problem bei der Gasversorgung haben werden, das sich auf dem Strom widerspiegelt». Wir müssten daher rasch

und massiv die Menge Winterstrom erhöhen, sagt der SP-Politiker. Nun, rasch wird die Verbauung der Alpen wohl nicht gehen: bis die Solaranlagen in den Alpen gebaut sind, vergehen vermutlich Jahre – angesichts der Tatsache, dass es einerseits ohne Planung doch nicht geht, andererseits die Lieferketten prekär sind und Fachkräfte fehlen. Zudem sind die Strom-Verbindungen vom Wallis ins Mittelland nicht gewährleistet. Das Speicherproblem ist ungelöst. Es drohen massive, subventionierte Fehlinvestitionen.

Der als Energie-Spezialist gehandelte Albert Rösti (SVP), gibt indes zu, dass das Gesetz nicht im Einklang mit der Verfassung sei. «Selbstverständlich finden Sie einige Artikel in der Verfassung, wo man von einem Ritzen der Verfassung sprechen kann. Aber letztlich fühle ich mich hier als Parlamentarier, als Volksvertreter verantwortlich, dass es dereinst genügend Strom gibt. Und da mache ich, gestützt auf die Verfassung, eine Güterabwägung, die dieses Ziel erfüllen wird.»

Matthias Jauslin von der FDP sieht dies kritischer als manche seiner Kollegen. Er teile die Kritik am Parlament und könne sie hundertprozentig nachvollziehen. «Ich habe schon immer gesagt: Das Parlament ist im Modus Hyper-Aktivismus, und das kommt nicht gut.»

Dem Prozess scheinbar kritisch gegenüber eingestellt ist die Grüne Fraktionschefin Aline Trede. Auch ihrer Meinung nach verletzt das Gesetz die Verfassung. «Wir haben hier Dringlichkeiten angesprochen, die eigentlich gar keine Dringlichkeit verlangen. Wir haben Projekte in Bundesgesetze geschrieben, konkrete Projekte, die dort nichts zu suchen haben.» Dies sei nicht zielführend, so Trede. «Wir haben so viel erreicht in der Solar-Offensive. Dinge, die wir vor einem Jahr undenkbar hätten durchbringen können. Und ich glaube, es würde niemand verstehen, wenn wir jetzt da dagegen wären.» Alle Kritiker des Vorgehens des Parlamentes, und deren gibt es nicht wenig, sind also «niemand». Und sie ist für etwas, das sie als nicht zielführend betrachtet!

FDP-Mann Matthias Jauslin betrachtet uns auch als ein Niemand. «Niemand würde ein Nein verstehen – Wir befinden uns jetzt in einer Sachzwangslage und werden nach der Schlussabstimmung diesem Gesetz so zustimmen im Wissen, dass wir nicht ganz auf Verfassungslinie sind.» Quelle: <https://www.srf.ch/news/schweiz/dringliches-energiegesetz-wie-politiker-den-moeglichen-verfassungsbruch-rechtfertigen>, 30. September 2022. ■



Für eine schweizerische Neutralität, die sich am Völkerrecht und den Menschenrechten ausrichtet

Der russische Angriff auf die Ukraine

Angesichts des nicht zu rechtfertigenden russischen Angriffs stellt sich in der Schweiz vermehrt die Frage der Neutralität. Von manchen Vertretern der FdP und der Mitte wurde eine Neuausrichtung der Neutralität gefordert. FdP-Bundesrat Ignatio Cassis schlug das Konzept der «kooperativen Neutralität» vor. Der Namensgebung ist allerdings nicht instruktiv: mit welchen Kräften kooperiert der kooperativ-neutrale Staat? Eine Neutralitätspolitik, die sich mehr am Völkerrecht und an den Menschenrechten orientierte als bisher – und entsprechend weniger an wirtschaftlichen Interessen – wäre wünschenswert. Und angesichts des nicht immer friedlichen «Westens» ist eine solche keineswegs überholt.

Von Paul Ruppen

Es gibt zur politischen Linken und Rechten Verständnis für den russischen Angriff auf die Ukraine. Dies ist eher unverständlich, ermöglicht es aber, sich den entsprechenden Argumenten zu stellen. Diesbezüglich sind ein paar Fakten nützlich. Ein Argument, das häufig auftaucht, sind mündliche Versprechen von Vertretern des Westens, die Nato nach dem Zusammenschluss der beiden Deutschland nicht weiter nach Osten auszudehnen. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass es sich um mündliche Äusserungen von einzelnen Vertretern handelte und die Sowjetunion damals nicht auf einer entsprechenden vertraglichen Absicherung bestand. In der «Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation» vom 27. Mai 1997¹⁾ wurde vielmehr vereinbart:

«Die Mitgliedstaaten der NATO wiederholen, dass sie nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlass haben, nukleare Waffen im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu stationieren, noch die Notwendigkeit sehen, das Nukleardispositiv oder die Nuklearpolitik der NATO in irgendeinem Punkt zu verändern – und dazu auch in Zukunft keinerlei Notwendigkeit sehen. Dies schliesst die Tatsache ein, dass die NATO entschieden hat, sie habe nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlass, nukleare Waffenlager im Hoheitsgebiet dieser Mitgliedstaaten einzurichten, sei es durch den Bau neuer oder die Anpassung bestehender Nuklearlagerstätten.»

Damit anerkennt die Russische Föderation explizit die Möglichkeit der Aufnahme von neuen Staaten in die NATO. Darüber, dass die NATO die Versprechen bezüglich Nuklearwaffen nicht eingehalten hätte, ist nichts bekannt.

Putin selber hatte lange nichts gegen die Aufnahme von mittel- und osteuropäischen Staaten in die NATO. In einem BBC-Interview von 2003 meinte er, vier Jahre nach der Aufnahme von Polen, Ungarn und Tschechien in die NATO: «Wir sind zufrieden damit, wie sich unsere Beziehungen zur NATO entwickeln. Und wir denken, dass dies ein wichtiges Element im System der modernen internationalen Sicherheit ist.»²⁾ Auf einer Pressekonferenz am 2. April 2004, drei Tage

nach dem Beitritt der Balten, meinte Putin, dass sich die Beziehungen Russlands zur Nato «positiv entwickeln». Und er fuhr fort: «Hinsichtlich der Nato-Erweiterung haben wir keine Sorgen mit Blick auf die Sicherheit der Russischen Föderation.» Als der Nato-Generalsekretär wenig später nach Moskau kam, sagte Putin, jedes Land habe «das Recht, seine eigene Form der Sicherheit zu wählen».³⁾ Es wurden also keineswegs gebrochene Versprechen moniert oder eine Gefährdung Russlands behauptet.

Der Wunsch, der NATO beizutreten ging von den mittel- und osteuropäischen Ländern aus. Russische Militäraktionen – der Erste Tschetschenienkrieg (1994–1996), der Transnistrienkrieg (seit 1990) und der Krieg in Abchasien (1992/1993) – veranlassten die mittel- und osteuropäischen Länder angesichts der eigenen Erfahrungen mit der Sowjetunion auf einen NATO-Beitritt zu drängen, um ihre langfristige Sicherheit zu gewährleisten. Politische Parteien, die eine NATO-Mitgliedschaft ablehnten, wurden abgewählt, z.B. die Bulgarische Sozialistische Partei im Jahr 1996 und die slowakische HZDS im Jahre 1998. In einem Referendum sprachen sich 1997 85,3 % der Ungarn für eine NATO-Mitgliedschaft ihres Landes aus. Besonders die drei baltischen Staaten trieben in der Folge ihre NATO-Ambitionen mit aller Kraft voran. Sie gingen davon aus, dass die historische Gelegenheit für einen Beitritt schnell vorbei sein könnte. Dabei mussten auch auf westlicher Seite etliche Vorbehalte ausgeräumt werden. Auf dem Gipfeltreffen in Prag im November 2002 lud die NATO dann die Länder Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien zu Beitrittsgesprächen ein. Auf dem Istanbul Gipfel im März 2004 traten diese sieben Länder der NATO bei, Slowenien hatte im Vorjahr ein Referendum über den Beitritt zur NATO abgehalten, bei dem 66 % die Mitgliedschaft befürworteten. Die Osterweiterung der NATO ist also nicht

¹⁾ https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de

²⁾ <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/22031>

³⁾ <https://www.zeit.de/2022/09/wladimir-putin-russland-westen-geschichte-fernsehansprache>. Von der «Zeit» werden allerdings keine Quellen angegeben.



als expansionistisch-imperialistisches Gebaren zu betrachten, sondern eher als eine Schutzreaktion der mittel- und osteuropäischen Länder auf dem Hintergrund vergangener Erfahrungen mit der Sowjetunion sowie der militärischen Innen- und Aussenpolitik der Russischen Föderation zu betrachten.

In der 1996-Grundakte garantierte die Russische Föderation die Territoriale Integrität der Staaten. Unterschrieben wurde explizit:

- *Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegeneinander oder gegen irgendeinen anderen Staat, seine Souveränität, territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit in einer Weise, die mit der Charta der Vereinten Nationen oder der in der Schlussakte von Helsinki enthaltenen Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, unvereinbar ist.*
- *Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit aller Staaten sowie ihres naturgegebenen Rechtes, die Mittel zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit sowie der Unverletzlichkeit von Grenzen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie es in der Schlussakte von Helsinki und anderen OSZE-Dokumenten verankert ist, selbst zu wählen.⁴⁾*

Durch den Angriff auf die Ukraine hat Russland damit nicht nur gegen die Charta der Vereinten Nationen verstossen⁵⁾, sondern auch gegen die Abmachungen der Grundakte – sowie weiterer Abkommen wie dem Budapester Memorandum, in dem der Ukraine im Gegenzug zur Übergabe der Atomwaffen aus der Sowjetzeit durch die Russische Föderation die territoriale Integrität zugestanden wurde.⁶⁾

Als in den Nuller-Jahren die Aufnahme der Ukraine auf der Traktandenliste der NATO stand, wehrte sich Russland gegen eine Aufnahme der Ukraine, da Russland u.a. nicht auf seinen Stützpunkt der Schwarzmeerflotte auf der Krim verzichten wollte. Der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko versuchte im Februar 2005, mit der NATO einen Aktionsplan zu vereinbaren, der zur Mitgliedschaft der Ukraine führen sollte.

⁴⁾ https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de

⁵⁾ Diese legt im Artikel 2 Nr. 4 fest «Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.»

⁶⁾ «Die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika bekräftigen ihre Verpflichtung gegenüber der Ukraine, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der KSZE-Schlussakte die Unabhängigkeit und Souveränität sowie die bestehenden Grenzen der Ukraine zu achten. Die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika bekräftigen ihre Verpflichtung, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit der Ukraine zu enthalten, und dass keine ihrer Waffen jemals gegen die Ukraine eingesetzt wird, es sei denn zur Selbstverteidigung oder auf andere Weise im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.» <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%203007/Part/volume-3007-I-52241.pdf>.

Der Antrag wurde aber nur von einer Minderheit der Bevölkerung unterstützt, es kam zu Protestdemonstrationen und das Parlament der Ukraine beschloss, dass ein Beitritts-gesuch ein landesweites Referendum voraussetze. Auch Russland reagierte mit Warnungen und Drohungen. Im April 2008 lehnte ein NATO-Gipfel den Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft ab, obwohl die USA ihn unterstützten. Erst nach der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 beschloss die NATO, ihre Kontakte mit der Ukraine zu intensivieren, die Beziehungen zu Moskau einzufrieren (im NATO-Russland-Rat) und geplante gemeinsame Aktionen mit den russischen Streitkräften auszusetzen. Im August 2014 kündigte Regierungschef Arsenij Jazenjuk eine Wiederaufnahme des NATO-Kurses an. Der erneute Wunsch der Ukraine der NATO beizutreten, erfolgte also nach dem Angriff Russlands auf die Krim und die Ostukraine.

Im März 2018 erkennt die NATO offiziell an, dass die Ukraine eine NATO-Mitgliedschaft anstrebt. Georgien und Bosnien-Herzegowina genießen einen ähnlichen Status. „Die Tür der NATO steht jedem europäischen Land offen, das in der Lage ist, das Engagement und die Verpflichtungen der Mitgliedschaft zu erfüllen und zur Sicherheit im euro-atlantischen Raum beizutragen“, sagte die Allianz in einer Erklärung vom 9. März. Am 30. September 2022 reicht die Ukraine dann einen Antrag zur beschleunigten Mitgliedschaft bei der NATO ein.

Von Leuten, die Verständnis für die russische Aggression äussern, wird oft darauf hingewiesen, dass die USA es nicht dulden würden, dass ein US-kritisches Militärbündnis z.B. Mexiko aufnehmen würde. Diese Argumentation setzt voraus, dass die Grossmächte ein Anrecht auf einen Vorhof haben, dessen Länder keine Recht auf Selbstbestimmung haben. Ein solcher Anspruch ist bezüglich aller Grossmächte zu kritisieren, und er ist völkerrechtlich nicht haltbar.

Fehler des Westens

Die obigen Ausführungen sollten nicht suggerieren, dass der Westen keine Fehler macht oder gemacht hat. Im zweiten Irakkrieg haben die USA, Grossbritannien und die «Koalition der Willigen» unter der Führung der beiden Natomitglieder vorgeführt, wie man Kriege durch Lügen «rechtfertigt». Sie

lieferten dadurch der russischen Regierung die Blaupause für ihr kriegsverbrecherisches Vorgehen: die USA und Großbritannien erhielten kein explizites Mandat vom Sicherheitsrat zum militärischen Angriff und bezüglich der angeblichen Massenvernichtungswaffen des Iraks wurde hemmungslos gelogen. Der zweite Irakkrieg ist daher ein klarer Bruch des Verbots von



Angriffskriegen in der UN-Charta und somit als völkerrechtswidrig zu bezeichnen. Die USA und Großbritannien verhinderten mit ihrem Vetorecht, dass der UN-Sicherheitsrat den Irakkrieg verurteilte. Sie zeigten also den Russen, wie es geht ... Der US-Präsident Bush wurde nie wegen Kriegsverbrechen vor ein entsprechendes Tribunal gezogen.

Ein weiteres Beispiel ist der Einsatz der NATO in der *Operation Allied*, einer militärischen Operation der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, die sie während des Kosovokrieges vom 24. März bis 10. Juni 1999 durchführte. Die im Wesentlichen von den Vereinigten Staaten geführte Militäroperation war der erste Krieg, den die NATO sowohl ausserhalb eines Bündnisfalls, dessen Ausrufung bis dahin als Grundlage eines NATO-weiten Vorgehens galt, als auch ohne ausdrückliches UN-Mandat führte. Anlass für den Angriff der NATO war die Nichtunterzeichnung des Vertrags von Rambouillet durch den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević. Offizielles Hauptziel der NATO war, die Regierung Slobodan Miloševićs zum Rückzug der Armee aus dem Kosovo zu zwingen und so weitere serbische Menschenrechtsverletzungen, wie das zuvor verübte Massaker von Racak, zukünftig zu verhindern. Offizielles Ziel Jugoslawiens war der Schutz der serbischen Minderheit im Kosovo und die Abwehr der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des eigenen, souveränen Staates. Das mehrheitlich von albanischsprachiger Bevölkerung bewohnte Gebiet des Kosovo war eine Provinz Serbiens innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien.

Es ist offensichtlich, dass der Angriff der NATO völkerrechtswidrig war. Auch die unbestrittenen Menschenrechtsverletzungen Serbiens im Kosovo ändern an dieser Tatsache nichts, da der Schutz von Minderheiten in eigenständigen

Staaten völkerrechtlich nicht als UNO-sanktionierter Kriegsgrund gilt. Auch mit diesem Krieg hat die NATO Russland eine Blaupause geliefert: Russland rechtfertigt ja den Angriffskrieg auf die Ukraine mit angeblichen massiven Menschenrechtsverletzungen gegenüber russischsprachigen Ukrainern. Der NATO-Einsatz zeigte zudem, dass die NATO nicht unbedingt ein reines Selbstverteidigungsbündnis ist, wie das oft behauptet wird. Weder die NATO-Staaten selbst noch die NATO als solche schrecken vor völkerrechtswidrigen Aktionen zurück. Wenn man dem Westen Heuchelei vorwirft, ist das berechtigt – was natürlich in keiner Weise den kriegsver-

brecherischen Krieg Russlands gegen die Ukraine rechtfertigt.

Man mag den fehlenden Minderheitenschutz auf Grund des Nicht-Einmischungsprinzips bedauern. Zu lösen ist das Problem nur durch eine völkerrechtliche Regelung von Sezessions- oder Autonomiebestrebungen mit der Formalisierung entsprechender demokratischer und gewaltloser Vorgehensweisen.⁷⁾ Eine solche Regelung wäre zentral, um Bürgerkriege und ausländische Interventionen zu vermeiden und damit den Zielen der UNO-Charta, nämlich einer dauerhaften Friedensordnung näher zu kommen. Bezüglich der Einführung einer solchen Regulierung darf man sich aber wohl keine Illusionen machen. Sie würde auch von manchen NATO-Staaten auf schärfste bekämpft werden (z.B. von Spanien). Von der überwältigenden Mehrheit der Staaten ist diesbezüglich auf absehbare Zeit wenig zu erwarten. Damit erweist sich aber der Einsatz der NATO als nicht regelbasiert: man interveniert, wenn es einem passt – was der Fall ist, wenn man eigene Interessen durchsetzen will.

Die NATO ist zudem keine «Wertegemeinschaft», die sich an Demokratie und Menschenrechten ausrichtet. Die Türkei ist Mitglied der NATO, ist aber von der Art des Regimes her wohl näher bei Putins Russland als bei Demokratien, die diesen Namen verdienen. Die Türkei unternimmt regelmässig völkerrechtswidrige militärische Angriffe auf syrisches und irakisches Gebiet, was von der NATO geduldet wird. Der Wunsch Finnlands und Schwedens, Teil der NATO zu werden, ermöglicht es dem menschenrechts- und minderheitsfeindlichen türkischen Regime, diese Staaten in Bezug auf ihr Asylwesen zu erpressen.

Imperialistischer Nationalismus als Kriegsursache

Die Fehler des Westens liegen also wohl nicht in der NATO-Osterweiterung, sondern eher in den Blaupausen, die er der putinschen Staatsmaschine lieferte. Putin warf später der NATO durchaus die Osterweiterung vor, die er vorher unproblematisch fand. Sein entsprechender Gesinnungswandel kann vermutlich durch zwei Phänomene erklärt werden.

1) die angestrebte Erweiterung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) um die Ukraine.⁸⁾ Durch das geplante Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union drohte diese Erweiterung zu scheitern. Nach russischem Druck verzichtete die ukrainische Regierung auf die Unterzeichnung des Abkommens mit der EU, worauf es zu den Maidan-Ereignissen kam⁹⁾, die zum Sturz der russlandfreundlichen Regierung führten. Bezüglich des Abkommens mit der EU gab es in der Ukraine durchaus verschiedene Meinungen. Vor allem

⁷⁾ s. Nationalismus, Separatismus und Demokratie, im Europa-Magazin 2/2017: <https://europa-magazin.ch/.3bb68cf7/cmd.14/audience.D>

⁸⁾ Die EAWG ist ein wirtschaftspolitisches Bündnis europäischer und asiatischer Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich zum Abbau von Handelshemmnissen und Zöllen sowie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit untereinander. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages zur Eurasischen Wirtschaftsunion am 1. Januar 2015 hörte die EAWG auf zu existieren.

⁹⁾ <https://de.wikipedia.org/wiki/Euromaidan>



in der Ost-Ukraine wurde die Begeisterung für dieses Abkommen nicht mehrheitlich geteilt.¹⁰⁾

2) Putin und sein Umfeld entwickelten eine zunehmend nationalistisch-imperialistische Ideologie. Aufschlussreich ist diesbezüglich der bekannte Text von Putin, in dem er der Ukraine die Eigenstaatlichkeit abspricht. Diese wird als künstliches Gebilde dargestellt, das nur durch die Willkür der Kommunisten entstanden sei. Es wird also eine Art «Heim-ins-Reich»-Ideologie entwickelt.¹¹⁾

Kritikwürdige Reaktionen im «Westen»

Im Westen führte der russische Angriffskrieg teilweise zu seltsamen Blüten. Die EU verbot die russischen Propagandasender. Dies zeigt deutlich, welches Bild der EU-Bürgerinnen und Bürger man in den EU-Gremien pflegt. Die EU-Bevölkerung muss man vor Propaganda schützen, als ob diese nicht mündig genug wären, diese als solche zu durchschauen. Gleichzeitig ahmt man durch solche Verbote totalitäre Tendenzen in Russland nach.

In der Schweiz wurde das Verbot von russischen Sendern durch die Mitte-Bundesrätin Viola Amherd vertreten. In der Tat glänzte die Mitte in letzter Zeit nicht durch demokratische Einstellung, so wurde etwa vom Parteipräsident Pfister bezüglich der Weitergabe von Munition schon wieder Notrecht gefordert.

Manche Boykotte russischer Kultur waren absurd, da sie z.B. Personen und Kulturprojekte betrafen, welche sich vom Angriffskrieg distanziert hatten. Manche EU-Staaten verwehren russischen «Wehr»-Flüchtlingen die Einreise, weil diese sich in Russland gegen den Krieg wehren sollten. Gewiss hat eine Bevölkerung eine gewisse Verantwortung für ihre Regierung und deren Handlungen. Diese Verantwortung ist aber in der Gesellschaft sehr ungleich verteilt und die meisten 20-jährige Russen können kaum viel für das Erstarken des Putinismus in Russland. Sie sind eher selbst als Opfer zu betrachten. Es ist verfehlt, von Menschen einen Heroismus verlangen, der sie in russische Gefängnisse führt, einen Heroismus, für den sie sich nur selbst entscheiden können.

In der Schweiz wurde von manchen Vertretern der FdP und der Mitte eine Neuausrichtung der Neutralität gefordert. FdP-

Bundesrat Ignatio Cassis schlug das Konzept der «kooperativen Neutralität» vor. Der Namensgebung ist allerdings nicht instruktiv: mit welchen Kräften kooperiert der kooperativ-neutrale Staat? Eine Neutralitätspolitik, die sich mehr am Völkerrecht und an den Menschenrechten orientierte als bisher – und entsprechend weniger an wirtschaftlichen Interessen – wäre wünschenswert. Angesichts der oben erwähnten Verstösse des «Westens» gegen Völkerrecht und Menschenrechte wäre eine solche durchaus nötig. Sie müsste aber konsequent auch bei Völkerrechtsbrüchen des Westens reagieren. Darauf wären die Mitte- und FdP-Vertreter dann wohl weniger scharf. Pressionen, denen die Schweiz wegen des Weitergabe-Verbots von an Deutschland verkaufter Munition ausgesetzt war, liessen sich künftig leicht vermeiden: durch ein allgemeines Waffenausfuhrverbot. ■

Literatur

- Urs Gehrig, Sorry, Roger Köppel, du liegst falsch, Weltwoche 3. 3. 2022, <https://weltwoche.ch/story/sorry-roger-du-liegst-falsch/>
- Jean-Arnaud Dérens, Das biegsame Recht auf Unabhängigkeit: Was der Donbass mit dem Kosovo und Katalonien zu tun hat. *Le Monde diplomatique*, September 2022, S. 20
- Pierre Rimbart, Kiew falsche Freunde: Einbindung der Ukraine durch das EU-Projekt «Östliche Partnerschaft». *Le Monde diplomatique*, Oktober 2022, S. 4
- Serge Halimi, Atlantiker, Blockfreie und Antiimperialisten: Die Fraktionen der internationalen Linken und Putins Krieg, *Le Monde diplomatique*, November 2022, S. 10
- Benjamin Abelow, Wie der Westen den Krieg in die Ukraine brachte: Die Rolle der USA und der NATO im Ukraine-Konflikt, *Die Weltwoche* (Spezialausgabe, 27. Oktober 2011).
- Josef Lang, Putins Krieg oder warum der grossrussische Chauvinismus die Ukraine besonders hasst, www.denknetz.ch, unter Suche "Josef Lang" (28.02.2022).
- www.infosperber.ch Stichwort Ukraine
- Für historische Details wurden oft Wikipedia-Artikel verwendet.

¹⁰⁾ Altkanzler Helmut Schmidt bezeichnete in einem Interview im Mai 2014 die Politik der EU als unfähig und grössenwahnsinnig. Brüssel hätte die Ukraine vor die „scheinbare Wahl“ gestellt, sich zwischen West und Ost entscheiden zu müssen. EU-Politiker hätten sich als „blind für die innenpolitischen Spannungen zwischen der Ost- und der Westukraine“ erwiesen. Altkanzler Helmut Kohl äusserte am 12. März 2013 gegenüber Bild, die Aufbruchstimmung in der Ukraine sei nicht immer klug begleitet worden. Ebenso habe es an Sensibilität im Umgang mit den russischen Nachbarn gemangelt, insbesondere mit Präsident Putin. Wie bekannt, erfolgt nach dem Sturz der russlandfreundlichen Regierung die russische Invasion in die Krim und in Teile der Ostukraine.

¹¹⁾ Wladimir Putin „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“, offizielle englische Version: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>, nicht-offizielle deutsche Übersetzung in <https://grams-it.com/cms/blog/putins-manifest-ueber-die-historische-einheit-von-russen-und-ukrainern>, Essay von Wladimir Putin, veröffentlicht am 12. Juli 2021



Buchbesprechungen



Europäisches Lobbying

Christian Lahusen, Professor für Soziologie an der Universität Siegen, nimmt eine politologisch-soziologische Analyse des Lobbyings in der EU vor. Die Zahl der Verbände, Unternehmen und Vereinigungen ist gross, die eigene Büros in Brüssel unterhalten, um die EU-Politik aus nächster Nähe zu verfolgen und zu beeinflussen. Die Gelegenheiten, Einfluss zu nehmen, sind ebenfalls vielfältig. Die EU-Gesetzgebung sieht verschiedene Formen der Konsultation vor. Zudem wird von den Lobbygruppen das Gespräch mit Mitgliedern der EU-Institutionen (Kommission, Parlament und Ministerrat) auch jenseits formaler Verfahren gesucht. In den EU-Institutionen werden die dadurch entwickelten dauerhaften Kontakte eher positiv gesehen. Man ist der Meinung, Lobbying bringe mehr Nutzen als Schaden. Man gibt durchaus zu, dass Lobbygruppen vorrangig ihre eigenen Interessen und Ziel verfolgen. Die Beteiligung wird aber als eine Form von Demokratie angesehen, da Lobbying dafür Sorge, dass gesellschaftliche Themen und Interessen auch jenseits periodischer Wahlen an die EU-Institutionen herangetragen würden. Die Beteiligung von Interessengruppen könne entsprechend die Kluft zwischen der EU und den nationalen Gesellschaften überbrücken helfen. Die EU-Institutionen seien durchaus in der Lage, die vorgelegten Informationen, Einschätzungen und Forderungen zu nutzen, um ausgewogene, effektive und angemessene politische Entscheidungen zu treffen.

Dieser beschönigenden Sicht steht auch Kritik gegenüber. Es wird der Verdacht gehegt, dass manche Interessengruppen zu viel Einfluss auf Politikerinnen und Politikern, auf EU-Beamtinnen und -Beamte haben. Es bestehe das Risiko, dass diese zu blossen Erfüllungsgehilfen der mächtigsten Interessengruppen werden. Es wird Unbehagen über die Vielzahl von Interessengruppen geäussert, denn diese würden die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung erschweren und damit die Funktionsweise der EU behindern. Diese Kritik wird sogar aus den Reihen der Interessengruppen selbst geäussert: die Konkurrenz erhöhe den Aufwand, den die einzelnen Lobbyistinnen und Lobbyisten betreiben müssen, was beträchtlich Ressourcen binde. Lobbying kritische NGOs bemängeln unlautere und illegale Geschäftspraktiken einzelner Interessengruppen. Zudem wird ein strukturelles Ungleichgewicht kritisiert – nicht alle Interessengruppen haben dasselbe Gewicht: Industrie- und Wirtschaftslobbys sind gegenüber zivilgesellschaftlichen Lobbyis bevorteilt. Dies führe zu Legitimitätsdefiziten der EU-Entscheidungen.

Es ist relativ einfach, den Kernbereich des Lobbyings auszumachen, bei dem es ja um die aktive Bemühung geht, das Entscheidungsverhalten politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger zu beeinflussen: Durchführung öffentlicher Kampagnen, Mitwirkung an Anhörungen und

Ausschusssitzungen, das Vorlegen von Formulierungsvorschlägen für anstehende Richtlinien und Verordnungen. Schwieriger fällt die Abgrenzung dort, wo es um die Rolle von Sachverstand und Expertise geht. Obwohl Experten nicht immer politische Ziele verfolgen, kann die von ihnen produzierte Einschätzung von Interessengruppen verwendet oder missbraucht werden. Bezüglich Organisationen sind Abgrenzungen ebenfalls schwierig vorzunehmen: NGOs, gemeinnützige Stiftungen, öffentliche Körperschaften, Berufsverbände, Thinktanks, PR-Agenturen und Kanzleien können in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichem Umfang Arbeiten erbringen, die als direktes oder indirektes Lobbying bezeichnet werden können. Bezüglich Personal sind Abgrenzungen ebenfalls schwierig: nicht alle Personen, die in Lobbygruppen arbeiten, sind an der Interessenvertretung beteiligt. Sie können sich zum Beispiel mit Recherche oder Rechtsprüfung beschäftigen. Interessengruppen können nicht nur auf ihre eigenen Lobbyistinnen und Lobbyisten zurückgreifen, sondern auch auf andere Personen in ihrem Umfeld: auf externe Rechtsanwälte, wissenschaftliche Gutachterinnen oder Vertreten von Berufsverbänden. Das Feld frant aus, weshalb der Kreis der potenziell Beteiligten kaum bestimmbar ist.

Lahusen interessiert sich in seiner Studie für die Rolle des Personals in den Lobby-Organisationen. Entsprechend nimmt er eine Befragung von beteiligten Personen vor, um deren Berufsfeld auf empirischer Grundlage erforschen zu können. Lobbying auf EU-Ebene ist zu einem spezialisierten Beruf geworden, der an einen eigenständigen Arbeitsmarkt gebunden ist. Seit den Anfangsjahren der EG ist die Zahl der Interessengruppen gewachsen, die Vertretungsbüros eröffnet, Geldmittel zur Verfügung gestellt und Lobbypersonal rekrutiert haben, um politische Interessenvertretung dauerhaft betreiben zu können. Auf diese Weise hat sich eine Berufsgruppe gebildet, die sich gezielt und systematisch der Beeinflussung politischer Entscheidungen in einer wachsenden Zahl von Politikfeldern widmet.

Die Tätigkeit wird fast durchgängig als bezahlte Beschäftigung im Hauptamt ausgeführt. Der Professionalisierungsgrad ist sehr hoch, da Lobbying von Personen mit akademischen Bildungswegen, gemeinsamen Praktiken und wenigstens innerhalb bestimmter Interessengruppen geteilten berufsethischen Einstellungen betrieben wird. Wechsel von Interessengruppe zu Interessengruppe, von Interessengruppen in die EU-Institutionen und zurück oder beruflicher Aufstieg innerhalb der Lobbyorganisationen oder innerhalb der EU-Institutionen kommen häufig vor. Die Laufbahnen belegen ein hohes Mass an beruflicher Mobilität. Dadurch erwerben die Beschäftigten Kompetenzen und Ressourcen (Sachexpertise, Insiderweisen und Kontaktnetze), welche ihren Marktwert erhöhen und den Aufstieg innerhalb des Berufsfeldes wahrscheinlicher machen. Der Erwerb und die Akkumulation dieser Berufskapitalien werden als zeit- und arbeitsintensiv beschrieben. Dies bindet die Akteure



wiederum ans Berufsfeld – zwecks Amortisation des erarbeiteten Humankapitals.

All dies bedeutet nicht, dass das Berufsfeld homogen wäre. Die Spaltung des Organisationsfeldes in zwei Lager – die wirtschaftsnahen Interessengruppen auf der einen, die zivilgesellschaftlichen bzw. bewegungsaffinen Nichtregierungsorganisationen auf der anderen Seite gibt ein Bruchlinie vor, die sich auf das Berufsfeld in mehrfacher Weise auswirkt. Der hohe Professionalisierungsgrad der Interessenvertretung ist bei alle Interessensgruppen das dominante Element, aber gut dotierte Stellen z.B. überwiegen bei den Wirtschaftsinteressen, während prekäre Einkommenslagen und unsichere Beschäftigungsformen bei den NGOs verbreitet sind.

Innerhalb der Interessenverbände gibt es allerdings auch Differenzierungen, welche sich bezüglich der Einschätzung des Lobbyings auswirken. Im Kernbereich befinden sich die Personen, die schwerpunktmässig mit Lobbying im engeren Sinn betraut. Sie betrachten Lobbying als politisch legitim. Je weniger sich die Personen nur mit Lobbying beschäftigen, desto mehr sinkt der Glaube an den eigenen Professionalismus und die Legitimität des Lobbyings schwindet. In NGOs ist die Einstellung gegenüber Lobbyismus selbst im inneren Kreis der Lobbyisten kritischer als bei den entsprechenden Personen der Wirtschaftsverbände. Diese grössere Distanz bei den NGOs gilt allerdings nicht der Professionalisierung des Lobbyings. Die Kritik am Lobbying in der EU speist sich vielmehr aus der grundlegenden Überzeugung, dass die Verberuflichung die politische Wirksamkeit des Lobbyings erhöht. Gerügt wird, dass mehr Geld und mehr erfahrenes Personal den finanzstarken Interessengruppen Vorteile im Prozess der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung verschaffen.

Ein professionelles Verhalten, das akademische Gleichwertigkeit signalisiert, bringt den EU-Lobbyisten mehrere Vorteile. Zunächst sind sich die Befragten einig, dass dauerhafte Arbeitsbeziehungen und stabile Kontaktnetzwerke für effektives Lobbying entscheidend sind. Wer auf sozialstruktureller Augenhöhe mit den Mitgliedern der EU-Institutionen reden kann, der hat grössere Chancen, in die politikfeldspezifischen Foren und Netzwerken der politischen Willensbildung eingebunden zu werden. Darüber hinaus ist Glaubwürdigkeit bei den EU-Instanzen für die Lobbyistinnen und Lobbyisten ein hohes Gut. Glaubwürdigkeit scheint ungleich verteilt zu sein, da sie einer akademischen Ausbildung eher zugeschrieben wird. Es sind die Beschäftigten des gehobenen Managements mit akademischen Meriten, die den Anspruch glaubwürdiger gegenüber den EU-Institutionen vertreten können, die die Interessen einer Branche, eines Unternehmens oder einer Bevölkerungsgruppe sachgerecht, politisch angemessen und rechtlich anschlussfähig repräsentieren. Schliesslich ist die Kompetenz, Professionalität zu signalisieren, beruflich eminent wichtig. Akademisch vorgebildete EU-Lobbyisten auf gehobenen Managementpositionen haben sehr gute Chancen, eine solche Professionalität überzeugend zu inszenieren. Zumindest legen sie grossen Wert darauf, Sach-

verstand, Glaubwürdigkeit, Überzeugungskraft und Führungsstärke zu verkörpern. Auf diese Weise verbessern sie ihre Chancen, als Gesprächspartnerin oder -partner angehört und ernst genommen zu werden. Lobbying auf der EU-Ebene ist folglich nur dann politisch effektiv, wenn es sozial wirksam ist: Lobbyistinnen und Lobbyisten müssen Teil des elitären Projektes Europa sein, um in der alltäglichen Beziehungsarbeit mit den EU-Institutionen die Zukunft der EU politisch mitzugestalten.

Christian Lahusen (2020), Europäisches Lobbying: Ein Berufsfeld zwischen Professionalismus und Aktivismus, Frankfurt: Campus Verlag.



Europe – what's left?

Das Buch stellt eine Artikelsammlung dar, die sich aus einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 13. und 14. November 2015 in Berlin ergab. Die Artikel sind also nicht mehr top-aktuell – bei der Lektüre wird ersichtlich, wie schnell sich seither vieles verändert hat. Im Buch ist von Syriza (Griechenland), Podemos (Spanien), der Troika und ähnlichem die Rede – man würde nicht sagen, dass nur 7 Jahre vergangen sind. Trotzdem sind etliche Analysen immer noch lesenswert und aktuell. Einige Artikel bleiben einem nicht sehr informativen Jargon verhaftet – samt nicht besonders zielführenden Zitaten aus Klassikern des intellektuellen Milieus der Autoren. Es gibt aber auch analytisch starke Artikel, die manchmal ohne entsprechendes Vokabular und Zitate auskommen.

Alle Autorinnen und Autoren stimmen dem Befund zu, dass die EU – die den Neo-Liberalismus faktisch verfassungsmässig abgesichert hat – kaum zu reformieren ist. Dies liegt an den wenig demokratischen Strukturen der EU. Eine Änderung der Verträge würde Einstimmigkeit der Mitgliedländer verlangen. Wegen der Ungleichzeitigkeit der politischen Ausrichtungen der Regierungen der Mitgliedstaaten ist es deshalb unwahrscheinlich, dass sich eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in der EU ergibt. Zudem ist der politische Raum der EU fragmentiert. Soziale Bewegungen sind gewöhnlich «lokal» beschränkt, bilden sich zu jeweils verschiedenen Zeitpunkten, ohne eine genügend starke Vernetzung über die Mitgliedstaaten hinweg erlangen zu können. Zudem sind die Interessen z.B. der Gewerkschaften oft unterschiedlich: während die Deutschen Gewerkschaften hinter der exportorientierten Deutschen Wirtschaft stehen, sehen Gewerkschaften in den südlichen Mitgliedstaaten die eigenen Arbeitsplätze durch das deutsche Exportwunder gefährdet. Trotz dieser Analyse wenden sich die meisten Autoren gegen eine Re-Demokratisierung EU-Europas durch Verlagerung von Kompetenzen in die Mitgliedstaaten: es wird das Schreckgespenst des Nationalismus bemüht. Eine Stärkung der Souveränität der Mitgliedstaaten wird abgelehnt, weil dies nationalistische Kräfte in Europa stärken würde. Durch diese Argumentation



manövriert man sich allerdings in eine Sackgasse: die EU ist nicht reformierbar, aber man muss drin bleiben.

Im Artikel «Zwischen Normal- und Ausnahmestaat: Der Autoritäre Wettbewerbs-Etatismus und die Krise der Demokratie in Europa» (Lukas Oberndorfer) wird eine Analyse der damaligen Massnahmen bezüglich Griechenland vorgenommen, die rechtsstaatlich fragwürdig ausserhalb des EU-Rechtsrahmens erfolgten. Wenige Tage nach dem Wahlsieg von Syriza kündigte die EZB an, griechische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten zu akzeptieren. Das griechische Bankensystem wurde damit von den Mitteln aus der Emergency Liquidity Assistance (ELA) abhängig, über deren Erhöhung der EZB-Gouverneursrat entscheidet. Darüber hinaus blockierte die Euro-Gruppe nach Antritt der neuen Regierung die Auszahlung fälliger Kredittranchen aus dem zweiten «Hilfsprogramm». Durch diese Entscheidung trockneten das griechische Bankensystem und der Staat aufgrund mangelnder Liquidität schrittweise aus: Kapitalflucht und die Zurückhaltung von Investitionen nahmen drastisch zu. In den Verhandlungen drohten die Institutionen mehrfach, einen völligen Bankenkollaps herbeizuführen, sollte die griechische Regierung nicht einlenken. Die Entscheidung, die griechische Bevölkerung über die Annahme der Bedingungen für die Auszahlung weiterer Kredittranchen im Wege eines Referendums demokratisch entscheiden zu lassen, beantwortete die Euro-Gruppe innerhalb eines Tages mit dem Beschluss, das Hilfsprogramm für Griechenland nicht zu verlängern.

Beachtlich ist, dass das europäische «Staatsapparate-Ensemble» diese Gewaltmittel weitgehend abseits der dafür vorgesehenen Verfahren und im Widerspruch zu geltendem Recht auffuhr. Selbst Martin Hellwig vom Max-Planck-Institut und ehemaliges Beiratsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft verurteilte das Vorgehen der EZB als EU-rechtswidrig: «Das Gefügigmachen von Mitgliedsregierungen gehört nicht zu den Zielen und Aufgaben des Eurosystems». Die Entscheidung, den griechischen Zahlungsverkehr zum Erliegen zu bringen, fiel nicht einstimmig, bzw. fand unter Ausschluss des griechischen Finanzministers statt.

Die Entwicklung hin zu einem autoritären Etatismus, der Demokratie aushebelt und die dieses Beispiel deutlich macht, lässt sich an folgenden Entwicklungslinien festmachen: (1) Die Legislative verliert an Macht gegenüber der Exekutive. Dies wird (2) durch das Schwinden von Rechtsstaatlichkeit begleitet. (3) Es erfolge eine zunehmende Verlagerung der Entscheidungsfindung hin zu informellen, parallel operierenden Machtnetzen, welche offizielle und formale Wege und Kanäle umgehen. Der autoritäre Etatismus führt dabei nicht zur völligen Aufhebung der Verfahren der formalen Demokratie, sondern zu deren Einschränkung, Durchbrechung und Überlagerung.

Das Twopack etwa – zwei EU-Verordnungen zur Haushaltsüberwachung und wirtschaftspolitischen Steuerung von 2013 – ermächtigt die Kommission, Haushaltspläne von Parlamenten der Mitgliedstaaten zu untersagen, wenn sie gegen die Fiskalregeln der Union verstossen. Das Verfahren

bei makroökonomischen Ungleichgewichten erlaubt es der Kommission, in die Wirtschaftspolitik der Parlamente der Mitgliedstaaten einzugreifen: sie kann vorgeben, welche «Reformen» zu beschliessen sind.

Im Artikel «Europäische Fliehkräfte» (Andreas Fisahn) wird gezeigt, dass die Wettbewerbsordnung der EU selbst in Bereiche eingreift, in denen sie keine Kompetenzen hat. Es gibt in der EU zwei wichtige Bereiche, die von Harmonisierung weitgehend ausgenommen sind: Steuern und Soziales. Im Bereich des Steuerrechts kann die EU nur einstimmige Entscheidungen und diese nur über indirekte Steuern treffen. Die Kompetenzvorschriften zur Sozialgesetzgebung sind etwas komplizierter. Auch hier wird mit Einstimmigkeitsregeln gearbeitet und die Kompetenzen werden explizit eng gefasst. Keine Kompetenz gibt es im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung, so dass diese ausschliesslich in den Mitgliedstaaten geregelt werden. Die Wettbewerbsordnung, welche die EU vorgibt, hat aber durchaus Auswirkungen auch in diesen Bereichen: sie zwingt nämlich die Staaten zu einer Politik, welche auch in den ausgenommenen Bereichen zu einer Nivellierung nach unten führt. Die Mitgliedstaaten werden im EU-Marktregime nämlich zu Standorten, die sich konkurrenzieren: Politik reduziert sich auf die Bereitstellung günstiger Standortfaktoren. Wenn weite Bereiche des Wirtschaftsrechts harmonisiert sind, kann der Wettbewerb, die Standortkonkurrenz nur in den nicht harmonisierten Bereichen stattfinden, d.h. im Steuer- und Sozialrecht.

Mario Candeias, Alex Demirovic (Hrsg.), (2017), Europa – what's left? Eine Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung, Münster: Westfälisches Dampfboot.



Zwischen Globalismus und Demokratie

Das deutsche Magazin für Wirtschaftspolitik Makroskop widmet ein Themenheft dem Thema «Nationalstaat und EU». In «Der Nationalstaat – Ambivalenzen und Widersprüche» (Peter Wahl) wird ausgeführt, dass ein Leitmotiv in der Debatte um die Globalisierung das Argument war, der Nationalstaat sei durch die Globalisierung obsolet geworden. Richtig ist gemäss Wahl, dass die Transnationalisierung der Finanzmärkte, transnational agierende Konzerne und das Internet die Grenzen der Nationalstaaten durchlöchern. Das war allerdings von einer neoliberal inspirierten Politik so gewollt. Durch die Globalisierung kommt es tatsächlich zu einem gewissen Kontroll- und Steuerungsverlust – aber nicht des Nationalstaats an sich. In der Realität gibt es grosse und kleine, mächtige und





ohnmächtige Nationalstaaten. Es gibt solche, die Basis transnational operierender Unternehmen und Banken sind, und solche, die nur Zielland dieser Unternehmen sind.¹⁾

Wenn es darauf ankommt, hat ein Nationalstaat wie die USA seine transnationalen Konzerne im Griff. Das gilt für Banken ebenso wie für die digitale Industrie, die sich dem NSA unterwerfen müssen, wenn es von ihnen verlangt wird. Und das gilt auch für alle anderen schon seit längerem im Wirtschaftskrieg gegen China und Russland und erst recht seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dabei beschränken sich die USA nicht darauf, ihre eigenen Unternehmen an die Kandare zu nehmen. Per extraterritorialen Massnahmen sanktionieren sie ausländische Unternehmen, die gegen die geopolitischen Interessen der USA verstossen. Tatsächlich war die neoliberale Globalisierungswelle ein herrschaftsförmiger Prozess unter nationalstaatlicher Hegemonie der USA.

Die Entstehung der Nationalstaaten war oft mit Gewalt, Krieg und Unterwerfung von ganzen Nationen verbunden. Ein spektakuläres Beispiel ist die Gründung des deutschen Nationalstaats 1871, für die Preussen bewusst die drei sogenannten »Einigungskriege« gegen Dänemark, Österreich-Ungarn und Frankreich führte. Die Reichsgründung in Versailles war zugleich eine gigantische Demütigung des französischen »Erbfeinds«. Allerdings ist das keine Spezialität der Nationalstaaten. Krieg kam nicht erst durch sie in die Geschichte. Gleichzeitig gab es auch zahlreiche Fälle, in denen die Gründung eines Nationalstaats die Befreiung von imperialer Herrschaft bedeutete (Entkolonisierung). Zudem können Nationalstaaten etwas für die soziale Sicherheit der Bevölkerung unternehmen. Nicht jeder Nationalstaat ist sozialstaatlich, aber bisher gibt es ausserhalb von Nationalstaaten keine Sozialstaatlichkeit – auch nicht in der EU. Ebenso ist die Entstehung der Demokratie eng mit dem Nationalstaat verknüpft. Ausserhalb der Nationalstaaten existieren keine Strukturen und Verfahren, die auch nur annähernd der nationalstaatlichen Demokratie gleichkämen. Das gilt auch für die EU.

Wenn sich das Dazugehörigkeitsgefühl zu einem Nationalstaat zum Nationalismus steigert und als solcher verfestigt, wird sie zum Alldruck für Demokratie und Menschenrechte. Unter Nationalismus versteht Wahl eine mit massivem Affektgehalt geladene Ideologie, die den eigenen Nationalstaat anderen gegenüber für besser und überlegen hält. Gemäss Wahl ist das Risiko solcher Auswüchse in jedem Kollektiv angelegt, so auch in religiösen Gemeinschaften oder politischen Organisationen, wo sie zu Fanatismus und Sektierertum führen können. Durch die Bildung eines Kollektivs, konstituiert sich zugleich den Unterschied zwischen Innen und Aussen, Wir und die Anderen, zwischen Eigenem und Fremdem. Das ist gemäss Wahl unvermeidlich, denn letztlich liegt der kollektiven Identitätsbildung ein grundlegendes Bedürfnis zugrunde: Der Homo sapiens ist ein Gemeinschaftswesen und kann

nicht isoliert von einem Kollektiv existieren. Gemeinschaftsbildung ist daher immer auch identitätsstiftend. Auch anti-nationale Linke identifizieren sich deshalb mit Kollektiven: der Klasse, der Partei, einer sozialen Bewegung – oder dem FC St. Pauli. Patriotismus ist gemäss Wahl die emotionale Beziehung eines Individuums zu seinem Land. In den meisten Nationalstaaten wird er als legitim, wenn nicht sogar wünschenswert angesehen. Dies gilt auch für die EU: «Seitdem die EU massiv nach Grossmachtstatus strebt, nehmen diese Gefühle auch die Form von Europatriotismus an. So spricht Martin Schulz, als Kanzlerkandidat 2017, von der EU als dem 'grössten Zivilisationsprojekt der Menschheitsgeschichte' und sein Genosse, der zeitweilige Aussenminister Sigmar Gabriel, vom 'erfolgreichsten Projekt für Freiheit, Frieden und Wohlstand, das die Welt je gesehen hat!' Prompt forderte auch sein Nachfolger Heiko Maas: 'Dieser europäische Patriotismus gibt den Mut, den wir für das Europa der Zukunft brauchen.'»

Die Makroskop-Ausgabe ist lesenswert. Ein paar Hinweise: Michael von der Schulenburg: Für westliche Analysten ist der Nationalstaat Kern aller Konflikte. Doch für Menschen, die die Gewalt und Gesetzlosigkeit der Anarchie und die Härten von Armut, Entbehrung und Terror erleben, sieht die Realität gänzlich anders aus. Ein Erfahrungsbericht drei sehr unterschiedlicher Beispiele – Somalia, Sierra Leone und Irak.

Wolfgang Streeck: Die Grosse Konfusion: Der Nationalstaat und die EU. In einer Welt, die es erst noch geben soll, ist nichts unmöglich. So wird »Europa« zu einer Projektionsfläche für alles politisch Gute: zu einer Instanz, die für alle »Probleme«, jetzt noch unlösbar, eine Lösung bereithält – eben eine »europäische«.

Susanne K. Schmidt und Susanne Wixforth: Das Soziale Europa: Eine Selbsttäuschung?

Makroskop: Magazin für Wirtschaftspolitik, Zwischen Globalismus und Demokratie, Frühjahr/Sommer 2022, Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft mbH; <https://makroskop.eu/themenhefte/> (Nur in digitaler Fassung erhältlich, 12 Euro).



¹⁾ Wahl weist darauf hin, dass es besser wäre, von »Territorialstaat« zu reden, da fast alle Nationalstaaten mehrere »Nationen« umfassen.



Trop près pour être confortable

L'expérience norvégienne de l'Espace économique européen (EEE)

Depuis que la Norvège a rejeté l'adhésion à l'UE lors d'un référendum en 1994, un fort sentiment eurosceptique persiste avec une majorité de la population contre l'adhésion constatée depuis plus de quinze ans. La relation de subordination de la Norvège à l'UE par le biais de l'Espace économique européen (EEE) suscite une inquiétude croissante. Les syndicalistes sont critiques en raison de la libéralisation du marché et de la libre circulation d'une main-d'œuvre sous-payée, et il existe de solides arguments pour garder le contrôle des exportations d'électricité.

par Morten Harper¹⁾

Les Norvégiens rejetèrent à deux reprises l'adhésion à l'Union Européenne, lors des référendums de 1972 et de 1994. Le sentiment eurosceptique est resté fort, à tel point que, depuis plus de quinze ans, tous les sondages indiquent une majorité opposée à l'adhésion. Un sondage réalisé en novembre 2021 a révélé que 61,3 % des Norvégiens étaient opposés à l'adhésion à l'UE (12 % d'indécis exclus, source : Sentio).

La Norvège prospère à bien des égards en tant que pays européen indépendant et représente, sur des questions telles que l'environnement, la sécurité et l'aide étrangère, un acteur mondial dont la contribution dépasse largement la taille modeste du pays. L'économie norvégienne a connu de nombreuses années de croissance plus forte que celle des États membres de l'UE. Il y a bien sûr beaucoup de défis et de points à améliorer dans la société norvégienne. Au niveau international cependant, le pays se classe bien dans un large éventail de domaines, notamment l'égalité des sexes, le bien-être social et même le bonheur.

Les sondages indiquent une majorité de l'électorat contre l'adhésion à l'UE, tous partis politiques confondus, de gauche à droite. Il y a quelques années, le Parti du progrès (Fremskrittspartiet), parti de droite, prit également position contre l'adhésion à l'UE et les deux seuls partis au Parlement clairement favorables à l'adhésion à l'UE sont les conservateurs (Høyre) et les libéraux (Venstre). Précisons que la force gravitationnelle opposée à l'UE est principalement de centre-gauche, comme c'était le cas lors des référendums. Cela est encore évident dans les campagnes et les déclarations de l'organisation "Non à l'UE" (Nei til EU).

Inquiétude croissante concernant la relation de subordination

Deux ans avant le référendum sur l'adhésion à l'UE de 1994, la Norvège et d'autres pays de l'AELE ont négocié l'accord EEE (Espace économique européen), faisant des pays de l'AELE une partie du marché unique européen à partir du 1er janvier 1994. Cet accord n'a jamais été soumis à un référendum en Norvège, comme il l'a été en Suisse, où il a été rejeté. Le pilier

¹⁾ Morten Harper est directeur de recherche dans la principale organisation norvégienne qui s'oppose à l'adhésion à l'Union européenne, "Non à l'UE" (Nei til EU).

AELE de l'EEE est constitué par la Norvège, l'Islande et le Liechtenstein.

La relation de subordination de la Norvège à l'UE suscite une inquiétude croissante. Un sondage réalisé par Sentio, commandé par "Non à l'UE", en janvier 2022, indique que la population est divisée en trois groupes de taille tout à fait égale. L'un est favorable à l'EEE, un autre préfère un nouvel accord commercial à la place, et le dernier groupe est indécis sur la question.

Préférez-vous l'accord commercial ou l'EEE ?

Accord commercial	33,2 %
EEE	32,6 %
Indécis	34,1 %

Tableau 1 : Sondage sur l'EEE en janvier 2022. La question posée : "Préférez-vous un accord commercial avec l'UE plutôt que l'EEE ?" Source : Sentio.

Les problèmes de l'EEE

Même l'EEE ressemble trop à l'Union européenne pour le "Non à l'UE". L'EEE est unilatéral, en ce sens que toute nouvelle législation provient de Bruxelles. L'autorité de surveillance ESA et la Cour de justice de l'AELE remettent en cause la souveraineté nationale, en faisant respecter les obligations de la Norvège au titre de l'EEE dans les domaines couverts par la libre circulation des biens, des capitaux, des services et des personnes.

L'EEE, en vigueur depuis le 1er janvier 1994, se révéla avoir un champ d'application beaucoup plus large et des conséquences plus graves que ce que le gouvernement avait





décrit lors de l'approbation de l'accord par l'assemblée nationale. L'EEE est fondé sur les mêmes principes de marché que l'UE : la libre circulation des biens, des services, des investissements et de la main-d'œuvre. La législation de l'UE s'applique à tous les domaines couverts par l'accord, y compris la concurrence et le financement public. Sur le plan juridique, les règlements mis en œuvre conformément à l'EEE priment sur la législation norvégienne. L'EEE comprend également des questions moins controversées, notamment la recherche, l'éducation, l'environnement, la culture et le tourisme.

L'EEE est controversé par les syndicats en raison de la libéralisation du marché et de la libre circulation de la main-d'œuvre sous-payée. Le droit du travail norvégien, les conventions collectives et les conventions de l'OIT (Organisation internationale du travail) sont subordonnés aux règles de l'EEE. Dans un sens plus large, on assiste à une marée incessante de nouvelles lois de l'UE sur le marché : quelque 13 000 directives et règlements « européens » ont été mis en œuvre à ce jour. En outre, l'examen des politiques nationales par l'Autorité de surveillance de l'AELE (ASE) à Bruxelles donne lieu à des discussions animées. L'EEE a une incidence sur les réglementations du travail et les droits des travailleurs, les politiques régionales, les programmes d'aide publique, le transport de marchandises et de passagers, les restrictions à la propriété dans le secteur financier, les marchés de l'énergie, les politiques climatiques et d'autres questions, y compris des secteurs qui étaient censés être en dehors de l'EEE, comme la pêche et l'agriculture.

Grâce à l'EEE, la Norvège a formellement une influence sur l'élaboration de la nouvelle législation de l'UE et nous sommes plus rapidement et plus facilement impliqués lorsque l'UE lance de nouveaux programmes pour la culture, l'éducation et la recherche. Bien entendu, nous devons payer pour notre participation. Nous étions également impliqués dans des programmes similaires avant l'entrée en vigueur de l'EEE et nous serions très probablement les bienvenus pour participer à ces programmes à l'avenir, même sans l'EEE.

Le manque de démocratie

Le manque de démocratie représente toutefois le principal problème posé par l'EEE. Même notre Premier ministre de l'époque, Erna Solberg, lança des avertissements au sujet de l'EEE avant le référendum britannique de 2016, déclarant: "vous le détesteriez" (<http://www.politico.eu/article/eu-referendum-look-before-you-leap-norways-pm-tells-brexiteers/>). Elle précisa : "Ce type de relation serait difficile pour la Grande-Bretagne, car alors Bruxelles déciderait sans que les Britanniques puissent participer à la prise de décision." Chez elle, Solberg continue pourtant de plaider en faveur du même accord EEE. Un « deux poids, deux mesures », si vous n'en

avez jamais vu un.

La législation de l'EEE et sa mise en œuvre supervisée par l'Autorité de surveillance de Bruxelles, toujours fervente, interfère avec les politiques des autorités nationales, régionales et locales et les limite. Nous voyons trois déficits démocratiques majeurs dans cet accord :

- Le système dit dynamique de l'EEE, qui signifie que la substance de l'accord est en constante expansion.
- L'EEE est très unilatéral. Il est modifié par des décisions et des législations de l'UE, tandis que de nouvelles décisions similaires en Norvège ou dans tout autre État de l'EEE-AELE n'affectent pas l'accord.
- La Cour de l'AELE n'accorde apparemment aucune importance aux considérations et aux prémisses des parties à l'EEE-AELE. Dans une importante affaire norvégienne concernant la réversion des droits sur les chutes d'eau, garantissant la propriété nationale à long terme, la Norvège et l'Islande ont toutes deux estimé que cette question ne relevait pas de l'accord. Cela n'a pas impressionné la Cour, qui a tranché en faveur de la plainte de l'autorité de surveillance ESA. Cette affaire, et bien d'autres, montrent que l'EEE a transféré le pouvoir politique des autorités nationales vers l'ESA et la Cour.

Achoppements sur l'énergie et les chemins de fer publics

La Norvège et ses partenaires de l'AELE, l'Islande et le Liechtenstein, ont le droit légal de rejeter toute nouvelle législation européenne avant qu'elle ne soit inscrite dans l'accord EEE. L'une des questions clés aujourd'hui est de savoir si la Norvège doit mettre en œuvre le quatrième paquet énergétique de l'UE ("énergie propre") et négocier également avec l'UE le retrait du troisième paquet énergétique de l'EEE et le retrait de la Norvège du régulateur européen de l'énergie ACER, car le transfert de souveraineté est trop important.

La Norvège est un grand producteur d'énergie. La Commission européenne veut lier la Norvège aussi étroitement que possible à l'Union européenne de l'énergie. Rien n'est plus important pour l'épine dorsale de l'industrie norvégienne que l'accès à long terme à l'énergie électrique à des prix compétitifs. Les nouveaux câbles prévus pour l'exportation d'électricité vers le continent et le Royaume-Uni ont pour conséquence que la Norvège importe de l'électricité à des prix plus élevés dans l'autre sens. Cette situation est perçue comme une menace pour l'industrie qui fournit des emplois dans tout le pays. La Norvège a besoin de l'électricité hydroélectrique renouvelable pour transformer et réduire les émissions de l'industrie, et pour éliminer progressivement les combustibles fossiles dans le secteur des transports.

Un autre problème majeur de l'EEE est le quatrième paquet ferroviaire de l'UE, qui rend obligatoire les appels d'offres sur ce qui est aujourd'hui le transport public, en plus de transférer l'autorité concernant l'accès et la sécurité sur les voies ferrées norvégiennes à l'Agence ferroviaire européenne (ERA). La libéralisation obligatoire rendra plus difficile l'amélioration et le développement du transport ferroviaire. Le quatrième paquet ferroviaire de l'UE a été mis en œuvre par le précédent





gouvernement conservateur, et l'actuel gouvernement travailliste/centriste a indiqué dans son manifeste qu'il négocierait avec l'UE pour reprendre le contrôle national. Jusqu'à présent, cela ne s'est pas encore produit, le gouvernement ayant pris ses fonctions en octobre 2021.

Des partenaires commerciaux

Depuis des décennies, la Norvège bénéficie d'un accès facile au marché de l'UE. Depuis les années 1970, par le biais d'un accord de libre-échange négocié avec l'UE, garantissant le libre-échange pour toutes les marchandises, à l'exception des produits agricoles et de la pêche. En outre, depuis 1994, grâce à l'accord EEE, la Norvège fait partie du marché unique.

La Norvège participe également aux programmes de l'UE en matière de recherche et d'éducation, donnant aux universités et aux étudiants un accès égal à celui des pays de l'UE. La Norvège ne contribue pas financièrement au budget de l'UE, mais accorde des subventions EEE avec l'Islande et le Liechtenstein, dans le but de réduire les disparités sociales et économiques dans l'UE. La Norvège couvre la majeure partie de la facture. Chaque année, la Norvège contribue à hauteur d'environ un milliard d'euros aux subventions de l'EEE, aux programmes de l'UE et aux institutions de l'EEE.

La Norvège est historiquement, culturellement et économiquement très proche du Royaume-Uni. Lorsque le Royaume-Uni a quitté l'Union européenne, une grande partie des exportations norvégiennes vers l'UE a également quitté le marché unique. En 2018, 77 % de toutes les exportations norvégiennes de marchandises étaient destinées à l'UE. En 2020, après le Brexit, ce pourcentage a chuté à 58,6 %. Le Royaume-Uni est un marché important pour les produits de la mer et l'énergie en provenance de Norvège, ainsi que pour les services offshore. De plus, l'accord commercial entre le Royaume-Uni et l'UE représente un exemple intéressant de libre-échange sans transfert de souveraineté à Bruxelles; la Norvège (ainsi que l'Islande et le Liechtenstein) a donc déjà négocié un accord similaire avec le Royaume-Uni.

Pourtant, le premier ministre Jonas Gahr Støre reprend la même vieille rengaine : la Norvège a besoin de l'accord EEE pour vendre des marchandises à l'UE. Cet argument a toujours été fallacieux. L'industrie norvégienne bénéficiait d'un accès en franchise de droits pour ses exportations vers l'UE avant la création de l'EEE, et cet accord de libre-échange resterait en vigueur si l'accord EEE était dénoncé.

Un accord commercial est la meilleure solution

Le gouvernement du Parti travailliste/Centre a clairement indiqué dans son manifeste qu'il n'enverra aucune demande d'adhésion à l'UE à Bruxelles. Le manifeste indique également que la Norvège ne quittera pas l'EEE dans les quatre prochaines années. Il y aura un projet de recherche officiel sur les expériences relatives à l'accord sur l'EEE, ainsi que sur les expériences en matière de commerce avec l'UE et de coopération avec d'autres pays étroitement liés (Norsk offentlig utredning, NOU).

"Non à l'UE" souhaite que la Norvège quitte l'EEE et négocie à la place un nouvel accord commercial avec l'UE. La

Norvège et l'UE ont un intérêt commun à entretenir des relations commerciales équitables, la Norvège étant le cinquième partenaire commercial de l'UE. La Norvège a conclu plus de 70 accords bilatéraux avec l'UE dans différents domaines, comme par exemple l'association avec Europol. Ces accords sont distincts de l'EEE.

À cet effet, "Non à l'UE" s'est associé à plusieurs autres organisations pour produire un rapport sur les différentes alternatives à l'EEE, qui est également traduit en anglais (<https://neitileu.no/aktuelt/alternatives-to-eea>). Un accord commercial renouvelé serait dépourvu d'institution de surveillance ou de tribunal supranational. Les accords de l'OMC constitueraient bien sûr également une base pour les relations commerciales, indépendamment des résultats des futures négociations Norvège-UE. ■

Les partis politiques norvégiens et leurs attitudes

	Adhésion à l'UE	EEE
Rouges	non	non
Parti socialiste de gauche	non	non
Sociauxdémocrates	ouvert	oui
Parti du centre	non	non
Vers	ouvert	oui
Libéraux	oui	oui
Parti populaire chrétien	non	oui
Conservateurs	oui	oui
Parti du progrès	non	oui

Tableau 2 : La politique des neuf partis au Parlement sur l'appartenance de la Norvège à l'UE et sur l'opportunité de démissionner de l'accord EEE.

Lecture complémentaire

Helle Hagenau, L'EEE : un avertissement de la Norvège, 2017, The Red Cell, Londres, <https://neitileu.no/aktuelt/the-eea-a-warning-from-norway>.

Alternatives To The Current EEA Agreement, 2012, Oslo, <https://neitileu.no/aktuelt/alternatives-to-eea>



Comment l'UE utilisa l'Irlande afin de rendre le Brexit le plus douloureux possible pour le Royaume-Uni

La lutte de l'UE contre le succès du Brexit

Il y eut toujours la ferme conviction que les électeurs britanniques voteraient pour rester dans l'UE et les dirigeants, les institutions et les bureaucrates de l'UE, ainsi que l'establishment politique favorable à l'UE, ont fait tout ce qu'ils pouvaient pour empêcher le Royaume-Uni de quitter l'UE, aux frais des contribuables européens.

par Patricia McKenna*

Après le résultat du référendum sur le Brexit, tous les efforts furent ensuite déployés pour forcer le Royaume-Uni à revoter. Mais contrairement à la République d'Irlande, dont les électeurs ont été contraints de voter deux fois sur deux traités européens distincts, Nice et Lisbonne, jusqu'à ce que le résultat soit conforme à l'UE, l'opinion publique britannique ne fut pas aussi facile à convaincre de revoter pour donner à l'UE la réponse souhaitée. Le Brexit a eu lieu et l'UE s'efforça alors de rendre la sortie aussi pénible que possible et, si possible, de l'assortir de conséquences tardives qui nuiraient durablement au Royaume-Uni : pour reprendre les termes du président français Macron, "le Brexit ne doit pas être un succès".

Le maintien de l'Irlande dans l'UE après le Brexit et le départ de l'Irlande du Nord en tant que partie intégrante du Royaume-Uni ont transformé la frontière nord-sud entre l'Irlande et l'Irlande du Nord, puisque les lois et les politiques de l'UE s'appliqueraient au sud mais pas au nord. Cela ouvrait la voie à une nouvelle division de l'Irlande. Dans son désir servile de plaire à l'UE, le gouvernement irlandais a tenté de maintenir l'ensemble du Royaume-Uni dans le marché intérieur de l'UE, sous prétexte d'éviter une frontière nord-sud difficile en Irlande. Étant donné que la majeure partie de la législation supranationale de l'UE concerne la mise en œuvre du marché unique, la réalisation de ce projet aurait abouti à un "Brexit de nom".

Après l'échec de ce projet, l'UE a tenté – à nouveau avec le soutien de Dublin – de maintenir l'Irlande du Nord dans le marché intérieur de l'UE à l'aide du protocole sur l'Irlande du Nord. Les politiciens irlandais ont ainsi contribué, en raison de leur fidélité peu critique à l'UE, à créer une situation assez impossible pour les Britanniques, afin de réaliser le souhait de l'UE que le Brexit ne soit pas un succès. L'objectif est d'éviter qu'un autre État membre de l'UE n'ose emboîter le pas au Royaume-Uni. Un Brexit réussi sonnerait éventuellement le glas du projet européen.

L'Irlande joua malheureusement un rôle clé dans la campagne visant à rendre le Brexit aussi difficile et impraticable que possible et refusa de coopérer avec le Royaume-Uni pour trouver une solution à la frontière irlandaise. La frontière irlandaise était devenue le ticket en or qui aiderait l'UE à rendre le Brexit aussi dur, difficile, douloureux et inapplicable que possible pour le Royaume-Uni. Au détriment de sa propre population, le gouvernement irlandais refusa d'aider à trouver des solutions viables qui profiteraient à l'Irlande et au

* irlandaise, avocate en exercice et ancienne vice-présidente des Verts au Parlement de l'Union Européenne.

Royaume-Uni sur la question de la frontière. Le Premier ministre irlandais de l'époque, Leo Varadkar, a déclaré : "L'Irlande ne participera pas aux plans britanniques visant à résoudre la question des frontières après le Brexit". Le protocole très discuté sur l'Irlande du Nord, ou backstop, une annexe de l'accord de sortie du Brexit, représentait le résultat final des efforts de l'UE pour survivre et créer une forte dissuasion pour d'autres sorties potentielles de l'UE. ■

L'UE prévoit un «contrôle des messageries» et c'est un danger pour la Suisse

Les activistes et les experts en sécurité informatique se déchaînent contre les projets de la Commission européenne. Le plus haut responsable de la protection des données en Suisse parle d'«atteintes très graves aux droits fondamentaux». L'élément avancé pour le projet de la Commission européenne est de renforcer la lutte contre les représentations d'abus sexuels sur Internet. Si les craintes de politiciens européens connus, d'organisations de défense des droits de l'homme et de défenseurs de la vie privée s'avèrent fondées, une surveillance de masse d'une ampleur sans précédent sera mise en place.

Tous les citoyens de l'UE seraient concernés et très probablement tous les habitants du Vieux continent. Leurs communications numériques, qu'ils utilisent des PC, des smartphones ou d'autres appareils, devraient être automatiquement contrôlées pour détecter les contenus illégaux. Cela s'appliquerait également aux services de messagerie cryptés comme Threema, Signal ou encore WhatsApp et iMessage d'Apple. La Suisse s'oppose également à ce projet: «Un contrôle systématique du contenu de nos chats n'est pas compatible avec notre conception de la vie privée et nos droits démocratiques fondamentaux!» Judith Bellaiche, conseillère nationale. 12 mai 2022, <https://www.watson.ch/fr/suisse/whatsapp/217186010-1-ue-prevoit-un-controle-des-messageries-un-danger-pour-la-suisse>



EU will digitales Briefgeheimnis abschaffen

EU-Chatkontrolle

Die EU-Kommission legt einen Verordnungsentwurf zur anlasslosen Massenüberwachung der gesamten digitalen Kommunikation in Echtzeit vor.

Von Eveline Steinbacher*)

Am 6. Juli 2021 haben die EU-Parlamentarier mehrheitlich dem „freiwilligen“ Einsatz der Chatkontrolle zugestimmt, dem automatisierte Durchsuchen aller Nachrichten der Benutzer:innen privater Messenger Dienste auf Gewalt und Kindesmissbrauch. Nun geht die EU-Kommission einen Schritt weiter: mit dem am 11. Mai 2022 vorgelegten Entwurf der Folgeverordnung zum „verpflichtenden“ Einsatz der Chatkontrolle.

Welche Anbieter sind betroffen?

Anbieter von Internetzugängen und Cloud Provider, Messenger-Dienste wie WhatsApp, Tinder, Signal & Co., App-Stores und Gaming-Plattformen mit Chatmöglichkeit, sollen nun verpflichtet werden, mit automatischen Filtern in der Privatkorrespondenz (Urlaubsfotos, Familien-Chats oder Nachrichten an Lebensgefährt:innen, ...) all ihrer Nutzer:innen zu wühlen, und verdächtige Inhalte direkt an Behörden zu melden – ohne konkreten Verdacht und richterliche Genehmigung. Sie alle müssen sich auf sogenannte „Detection orders“ vorbereiten, die von einer neu zu schaffenden EU-Behörde, die schlicht „EU-Centre“ genannt wird, ausgegeben werden.

Unklar ist u.a. der Umfang der Datensätze, die über die „Detection order“ angefordert und vom Provider auf Vorrat zu speichern sind, um sie im Anschluss zu „durchsuchen“. Es müssen jedenfalls sehr große Datenmengen sein, gesucht wird nämlich nach Verhaltensmustern. Was diese Verordnung konsequent verschweigt, sind die Mittel und Methoden, die zwangsläufig eingesetzt werden müssen, um die im Text definierten Ziele zu erreichen. Soweit bekannt, will sich die Kommission jedenfalls nicht auf den Abgleich von Video- und Bilddateien beschränken, sondern auch die Analyse von Textinhalten einbeziehen.

„EU belügt Öffentlichkeit“

Die Begründung: Strafverfolgung von Kinderpornographie. Die Konsequenz: Eine nie dagewesene Massenüberwachung durch vollautomatisierte Echtzeit-Chatkontrolle und damit die Abschaffung des digitalen Briefgeheimnisses, ein Angriff auf unsere Privatsphäre. „Das wird das ausgefeilteste System zur Massenüberwachung, das jemals außerhalb Russlands oder Chinas eingerichtet wurde“, schrieb der prominente Kryptograph Matthew Green in einer ersten Reaktion auf den Entwurf auf Twitter.

In weiterer Konsequenz ist zu befürchten: dass die Chatkontrolle nicht die Täter trifft, denn diese organisieren sich u.a. über selbst betriebene geheime Foren, ohne Scanner; sondern jede/r kann unschuldig in Verdacht geraten, wenn

*) Solidarwerkstatt Linz, <https://www.solidarwerkstatt.at>

z.B. Bilderkennungsfilter völlig legale Urlaubsfotos mit Kindern als verdächtig einstufen; die Vertraulichkeit der Kommunikation würde ausgehebelt und Schutzräume für Opfer sexualisierter Gewalt durch die Bespitzelung zerstört.

Der Kampf der EU gegen Kinderpornografie im Netz „ist nur Propaganda“, „EU belügt Öffentlichkeit“, warnt Univ.Prof. Rene Mayrhofer, Leiter des Instituts für Netzwerke und Sicherheit an der JKU, Linz. (OÖN print 13.5.2022). Die Chatkontrolle sei nur ein vorgeschobener Grund für geplante Maßnahmen. Seit vielen Jahren gibt es auf EU-Ebene Bemühungen, gegen Kryptografie vorzugehen mit unterschiedlichen Begründungen: Kampf gegen den Terror, gegen Raubkopien, gegen illegale Drogen. Im Kern gehe es dabei immer um einen Kampf der Sicherheitsbehörden gegen Verschlüsselungstechnologien.

„Heuhaufenproblem“

Gemäss Univ.Prof. Mayrhofer sind die derzeitigen Scanner sehr fehleranfällig und „Selbst dann, wenn die Fehlerquote im niedrigen Promillebereich liegen würde, gäbe es täglich unzählige falsch positive Meldungen. Wer soll diese dann kontrollieren?“

Ein von der Plattform Netzpolitik veröffentlichter Leak zur Chatkontrolle zeigt, dass die Genauigkeit von aktueller Erkennungstechnologie für Grooming (wenn Erwachsene mit Minderjährigen einen sexualisierten Kontakt anbahnen) dem Bericht zufolge bei etwa 90 Prozent liegt. Das entspricht bei einer Million als vermeintlich auffällig erkannten Nachrichten bereits 100.000 falschen Alarme.

Langjährige deutsche Strafverfolger kritisieren hinter vorgehaltener Hand, dass die aktuellen Pläne nicht unbedingt dazu führen, mehr Pädokriminelle festzunehmen. Das Gesetz würde zu mehr Meldungen von Missbrauchsbildern führen. »Wir haben heute schon ein Heuhaufen-Problem. Die Masse der neuen Meldungen nach den EU-Plänen droht unsere Strafverfolgung eher lahmzulegen«, beschreibt es ein Ermittler.

Missbräuchlicher Einsatz „ist technisch trivial“

Expert:innen bezeichnen die Chatkontrolle als Dammbuch und die Technologie zum automatischen Mitlesen privater online-



Kommunikation als gefährlich. Von den Gewöhnungseffekten und Rechtfertigungsnarrativen für weitere autoritäre Vorhaben ganz zu schweigen, macht es für Algorithmen keinen Unterschied, ob nach Kindesmissbrauch, nach Urheberrechtsverstößen, Drogenmissbrauch oder unliebsamen Meinungsäußerungen gesucht wird. Ist die Technik erst einmal flächendeckend etabliert, gibt es kein Zurück.

Unklar ist, welche Technologie genutzt werden soll. Beim Client-Side-Scanning werden private Nachrichten und Dateien auf Handy, Tablet oder Computer schon vor dem Verschicken per E-Mail oder Messenger durchsucht. Alternative: durchs Knacken der sicheren Ende-zu-Ende Verschlüsselung. 78 Organisationen der Zivilgesellschaft betonen in ihrem Offenen Brief an die EU-Kommission: „Es gibt keine Möglichkeit, den Strafverfolgungsbehörden einen außergewöhnlichen Zugang zu Ende-zu-Ende-verschlüsselter Kommunikation zu gewähren, ohne Schwachstellen zu schaffen, die Kriminelle und repressive Regierungen ausnutzen können.“

„Wenn es die technische Infrastruktur für derartige Überwachungen der Kommunikation erst einmal gibt, ist es technisch trivial, sie auch für andere Zwecke einzusetzen“, sorgt sich auch Dr. Mayrhofer über die Möglichkeit des missbräuchlichen Einsatzes dieser Überwachungstechnik.

Strafverfolgung wird privatisiert

Sinnbildlich auf das Analoge übertragen wäre das nicht nur so, als würde der Staat dann jeden unserer Briefe öffnen und jedes Paket durchsuchen, um verdächtige Inhalte zu finden und dabei die Lieferanten zwingen, mitzumachen – es wäre sogar eher so, als ob Behörden ihre Mitarbeiter:innen in unseren Wohnungen und Unterkünften hätten und dort alles durchwühlen und Unerwünschtes weitergeben würden.

In Zukunft würden Algorithmen von Unternehmen wie Facebook, Google und Microsoft entscheiden, welche Inhalte

als verdächtig eingestuft werden und welche nicht. In einem Rechtsstaat gehört die Ermittlung von Straftaten, wie auch von sexueller Gewalt, in die Hände unabhängiger Beamter unter gerichtlicher Aufsicht.

Briefgeheimnis wahren – Chatkontrolle stoppen!

Diese geplante neuartige Massenüberwachung der gesamten digitalen Kommunikation in Echtzeit ohne Verdacht stellt eine rote Linie dar, die in einer Gesellschaft nicht überschritten werden darf, die den Anspruch hat, grundlegende Rechte zu garantieren. Verschlüsselte und sichere Kommunikation ist nicht nur Grundlage für politischen Aktivismus, für kritischen Journalismus, Whistleblowerschutz und Anwältinnen- und Ärztegeheimnis sondern für jede vertrauliche und intime Kommunikation und das Leben in einer demokratischen Gesellschaft. ■

Quellen

- <https://www.solidarwerkstatt.at/digital/eu-will-digitales-briefgeheimnis-abschaffen>. <https://www.solidarwerkstatt.at/digital/eu-will-digitales-briefgeheimnis-abschaffen>
- <https://futurezone.at/netzpolitik/chatkontrolle-eu-verschlueselung-kritik/402039288>
- <https://chat-kontrolle.eu/uncategorized/offener-brief-gegen-chatkontrolle/>
- <https://digitalegesellschaft.de/chatkontrolle-hintergrund/>
- <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=COM:2022:209:FIN&from=EN>.
- <https://fm4.orf.at/stories/3025341/>
- <https://netzpolitik.org/2022/chatkontrolle-was-unternehmen-schon-freiwillig-tun/>
- <https://netzpolitik.org/2022/eu-plaene-einfach-erklart-warum-die-chatkontrolle-grundrechte-bedroht/>

Kurzinfos

SP-EU-Papier

Das im letzten EM besprochene Strategiepapier der SP Schweiz (<https://www.europa-magazin.ch/.3bb69f17/cmd.14/audience.D>) wurde am SP-Parteitag in Basel vom 21. Oktober 2022 diskutiert und stiess auf mehr Widerstand, als zu erwarten war. Von einigen JUSO-Vertreterinnen und Vertretern wurde sogar der Antrag gestellt, das Europapapier zurückzuweisen, mit folgender Begründung:

«Das vorliegende Papier betrachtet die EU aus einer unrealistischen und verklärten Perspektive. Die institutionellen Mängel und Schwachstellen werden nicht bzw. viel zu wenig berücksichtigt. Die im Papier erwähnten Reformen und Verbesserungen der EU sind leider unrealistisch und politisch quasi unmöglich. Auch innenpolitisch sind die grosse Mehrheit der Forderungen nicht mehrheitsfähig, weder im Parlament noch in der Bevölkerung. Zudem hat unsere Partei wichtigeres zu tun als eine zum Scheitern verdamnte Kampagne/Diskussion über einen EU-Beitritt zu führen. Falls es die Organe der Partei für nötig halten, ein neues Papier zu verfassen, sollte eine Gruppe beauftragt werden, die ein

breiteres Meinungsspektrum zur EU beinhaltet und Vertreter*innen der verschiedenen Ebenen der Partei beinhaltet.» Zudem wird die folgende Neuformulierung gefordert: «Die SP diskutiert im vorliegenden Papier die Vor- und Nachteile eines EU-Beitrittes und definieren klare Bedingungen, welche für einen allfälligen Beitritt erfüllt werden müssen.» https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/07/Europa_Schlussdokumentation_deutsch.pdf. Die Anträge wurden zurückgewiesen, lassen aber etwas Hoffnung auf mehr EU-Klarsicht bei der SP aufschimmern.





Kurzinfos

Sinnloser EU-Aktivismus der EU-Turbos

Etliche Monate ist es her, dass der damalige Bundespräsident Guy Parmelin die Verhandlungen mit der EU in Brüssel offiziell abgebrochen hat (Mai 2021). Der Bundesrat hatte von der EU «Klärungen» verlangt, die ausblieben. Seither begnügt sich die Landesregierung mit einer Agenda, «explorativen Gesprächen» und resignierten Äusserungen. In einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» sagte Bundespräsident Ignazio Cassis im Juli 2022: «Der Bundesrat würde sehr gerne bessere Beziehungen zur Europäischen Union haben. Die Frage ist bloss, wie?»

Bei der Frage nach dem Wie wollen verschiedene Organisationen dem Bundesrat Beine machen – wohl vor allem, um wenigstens wieder mal ins Gespräch zu kommen. Die Operation Libero und die Grünen stellten Ende August 2022 ihre vor Monaten angekündigte «Europa-Initiative» vor. Es ging nicht etwa darum, diese zu lancieren! Geht es nach den EU-Turbos, wird das Thema «Europa» – gemeint ist das Thema EU – in der Bundesverfassung verankert. Gegenüber den Zeitungen von CH-Media sagt Sanija Ameti, die Co-Präsidentin der Operation Libero: «Wir wollen eine institutionelle Lösung. Damit sollen alte Abkommen aufdatiert und neue Abkommen abgeschlossen werden können.» Der Kern der «Europa-Initiative», die offiziell Ende Jahr lanciert werden soll, ist demnach eine institutionelle Lösung.

Ebenfalls in Bewegung gesetzt hat sich die *Europäische Bewegung Schweiz* (früher Nebs). Laut den CH-Media-Portalen wählt sie den parlamentarischen Weg. Via Bundesbeschluss will sie den Bundesrat dazu bringen, «die EU umgehend um die Aufnahme von Verhandlungen zu ersuchen», wie der Präsident der Bewegung, der SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, erklärt.

Der Entwurf für den Beschluss enthält drei Artikel. Im ersten wird das Legislaturziel des Bundesrats vom 21. September 2020 nochmals bekräftigt: «Die Schweiz verfügt über geregelte Beziehungen mit der EU.» Im zweiten Artikel soll die Schweiz ihren Willen zu Assoziierungsabkommen für die sektorielle Teilnahme am EU-Binnenmarkt bekunden und sich zu einer Lösung der offenen institutionellen Fragen mit der EU bekennen. Mit dem dritten Artikel wird Druck gemacht. Kommt der Beschluss durch, ist der Bundesrat aufgefordert, die Europäische Union umgehend um einen Verhandlungsbeginn zu bitten. Zudem soll er die Assoziierung der Schweiz bei den EU-Programmen wie Horizon oder Digital Europe vorantreiben.

Laut Eric Nussbaumer braucht der Bundesrat nun einen klaren Auftrag der Bundesversammlung. Mit einem Bundesbeschluss könne dieser in weniger als einem Jahr erteilt werden. Das sei viel schneller als ein Umweg über die von Operation Libero und Grünen geplante Volksinitiative, die frühestens in fünf Jahren zur Abstimmung kommen könnte.

Die *Europäische Bewegung Schweiz* stützt sich bei ihrem Vorgehen auf einen Beschluss der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK), den diese Ende August 2022 fasste. Mit 18 zu 7 Stimmen reichte die APK eine Kommissions-

motion ein, die verlangt, dass das Parlament beim sehnlichsten erwarteten Europabericht des Bundesrats mitreden kann. Der Bundesrat solle deshalb einen einfachen Bundesbeschluss mit den Schlussfolgerungen zum Bericht vorlegen.

Der Europabericht ist ein wichtiges Strategiedokument, das die Stossrichtung für die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU vorgibt. Da die Bundesversammlung dazu noch nicht formell Stellung nehmen konnte, sollen die Räte die Möglichkeit erhalten, ihre Schlussfolgerungen zum Europabericht in der Form eines einfachen Bundesbeschlusses festzuhalten. Wie die Kommission mitteilte, wird vom Bundesrat zudem eine umfassende Information über die bisherigen Resultate und die nächsten Schritte in den Sondierungsgesprächen mit der EU erwartet.

Ziel der Aussenpolitiker ist demnach eine öffentliche Debatte: Das Parlament will erzwingen, dass es sich offiziell zu den nächsten Schritten in der Europapolitik äussern kann. Damit verschafft es seinem Ärger über das seit dem Abbruch des Rahmenabkommens herrschende Schweigen Luft.

Ob eine öffentliche Debatte und die Forderungen nach institutionellen Lösungen mit der EU reichen, um etwas in Bewegung zu setzen, ist allerdings fraglich. Denn an den Ursachen für die Blockade hat sich in den vergangenen Monaten nichts geändert: Grundsätzlich wäre die Schweiz bereit, der EU in praktisch allen wesentlichen Punkten entgegenzukommen, wenn ihr die EU dafür in wenigen wesentlichen Punkten entgegenkommen würde.

Umstritten waren beim Rahmenabkommen insbesondere die drei Bereiche Lohnschutz, Übernahme der Unionsbürgerrechtlinie und Streitbeilegung. Damit in den Bereichen Lohnschutz und Zuwanderung die von der EU geforderte dynamische Rechtsübernahme mehrheitsfähig ist, würde die Schweiz gerne Schutzklauseln und Ausnahmen definieren. Bei der EU-Kommission beisst sie mit solchen Forderungen bis jetzt aber auf Granit.

Cassis formulierte das Dilemma so: «Das Paket, das wir geschnürt haben, beinhaltet die Möglichkeit von Ausnahmen, von Schutzklauseln, von verschiedenen Mechanismen. Es ist schon fast ein Ding der Unmöglichkeit, dass wir uns in der Schweiz auf eine Verhandlungsposition einigen. Falls wir dies eines Tages schaffen, müsste dann aber immer noch die EU einverstanden sein. Und die EU hat bekanntlich ganz andere Vorstellungen. Die Frage ist, wie gelingt es uns, einen gemeinsamen Nenner zu finden?»

Nach mehr als einem Jahr Kopfzerbrechen ist der Bundesrat in dieser Frage nur unwesentlich weitergekommen. Der Aktivismus der EU-Freunde im Parlament wird daran nicht viel ändern. Die politischen Mehrheitsverhältnisse sind dieselben wie beim Abbruch der Verhandlungen, die grossen Fragen nach wie vor offen. NZZ, 28. August 2022.

«Die EU versucht, Druck aufzusetzen»

Die Chefunterhändlerin der Schweiz, Livia Leu, wirft der EU vor, mit Verzögerungen und «Druckpolitik» zu operieren.



finanziell zu unterstützen. Umweltverbände reagierten enttäuscht.

Die 9. November 2022 veröffentlichte Mitteilung der EU-Kommission ist ein Bündel von verschiedenen Maßnahmen und Leitlinien mit dem Ziel, Düngemittel „erschwinglich“ zu halten. Hintergrund ist der durch den Ukrainekrieg ausgelösten Preisanstieg bei Gas und Rohstoffen, der auch die Produktion von Düngemitteln um mehr als das Doppelte verteuert hat. Für die kurzfristige Unterstützung der Düngemittelproduzenten sollen die Mitgliedstaaten diesen finanziell unter die Arme greifen können. Das Geld soll aus verschiedenen EU-Töpfen stammen. Im Falle einer Gasrationierung sollen die Staaten die Möglichkeit haben, den Düngemittelherstellern vollständigen Zugang zur restlichen Gasmenge zu gewähren. Weitere Teile der Strategie sind ein teilweiser Umstieg von mineralischen auf organischen Dünger, verbesserte Markttransparenz und die weitere Unterstützung von Entwicklungsländern.

Umweltverbände reagieren enttäuscht: Die Unterstützung von Düngemittelproduzenten untergrabe die Ziele des europäischen Green Deals und unterstützten unnötiger Weise den weiterhin viel zu hohen Einsatz von bodenverseuchenden Dünger. So kommentiert Célia Nyssens vom European Environmental Bureau: „Angesichts der laufenden COP 27 darf die EU den Interessen der Industrie nicht nachgeben, sondern muss eine Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen und ihr Engagement für den dringenden grünen Wandel bekräftigen.“ EU-News, 10. November 2022. Ernährungssicherheit: Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln (europa.eu) https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_6564

Waldverluste

Die EU verliert in „alarmierendem Tempo“ ihre Wälder als Senke für Kohlendioxid. Dies geht aus einer neuen Studie der Partnership for Policy Integrity (PFPI) im Auftrag der Forest Defenders hervor, über die der Informationsdienst Euractiv berichtet. Der Hauptgrund: Die Nutzung von Holz als Brennstoff. Die 27 EU-Mitgliedstaaten hätten seit 2002 einen Rückgang um ein Viertel jährlich der Kapazität der europäischen Wälder, CO₂ zu absorbieren, zu verzeichnen. Um bis 2050 klimaneutral zu werden, hat sich die EU das Ziel gesetzt, die CO₂-Speicherung in Wäldern, Böden und anderen Bodenkohlenstoffsinken zu erhöhen. Bei den derzeitigen Rückgangsraten dürften die meisten EU-Länder ihre nationalen Ziele für 2030 nicht mehr erreichen. In einigen Mitgliedstaaten bestehe ein klarer Zusammenhang zwischen der Nutzung von Biomasse und dem Verlust von CO₂-Senken. So hätten Forschungen in Finnland ergeben, dass laut detaillierten Statistiken besonders die Verbrennung von Rundholz als eine Ursache für den Senkenverlust sei, während in Estland mehr als die Hälfte der Menge an geschlagenem Holz für die Brennstoff- oder Pelletproduktion verwendet wird, heißt es in der Studie.

Die Gesamtnutzung von solider Biomasse war dem Bericht zufolge im Jahr 2020 um 239 Prozent höher als im Jahr 1990, wobei die Nutzung im Energiesektor – Wärme- und Strom-

GV des Forums für direkte Demokratie

Datum: Samstag, 25. Februar 2022

Ort: Jupiterstrasse 9, 3015 Bern, Stock 22

Zeit: 17 Uhr 00

Traktanden: Jahresbericht, Jahresrechnung 2022, Vorstandswahlen, inhaltliche Diskussionen, Varia.

Diese Ankündigung gilt als Einladung. Es erfolgt keine persönliche Einladung mehr.

erzeugung – in diesem Zeitraum um mehr als 1 000 Prozent gestiegen ist, wie aus den offiziellen Statistiken laut PFPI hervorgeht. EU-News, 10. November 2022. Euractiv: Europas Wald-CO₂-Senken schrumpfen rapide <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/europas-wald-co2-senken-schrumpfen-rapide/>

EU-Rechnungshof rügt Fischereipolitik

Der Europäische Rechnungshof (ECA) hat festgestellt, dass immer noch zu viel illegal gefangene Fische und Meeresfrüchte auf europäischen Tellern landen. Zwar gebe es klare EU-Vorschriften zur Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU), diese würden jedoch durch mangelnde Anstrengungen der Mitgliedstaaten untergraben.

Unter anderem fehlten abschreckende Sanktionen und eine einheitliche Umsetzung bei den Kontrollen. Dadurch seien „diese Maßnahmen nicht so wirkungsvoll, wie sie sein sollten“, konstatiert der Rechnungshof in einem entsprechenden Sonderbericht. In mehreren Mitgliedstaaten sei der wirtschaftliche Nutzen des illegalen Fischfangs höher als der wirtschaftliche Schaden durch verhängte Sanktionen.

IUU stelle „eine der größten Bedrohungen für die marinen Ökosysteme“ dar, da sie die Bemühungen um eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände unterlaufe, so der ECA. Die EU sei, gemessen an ihrer Fischereiflotte von rund 79 000 Schiffen, ein wichtiger Global Player im Fischereisektor. Darüber hinaus sei die EU die weltgrößte Importregion für Fischereierzeugnisse mit einem Anteil von 34 Prozent des weltweiten Handels. Im Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) hatte sich die EU verpflichtet, die IUU bis 2020 zu beenden. Anlass für Kritik vom ECA: „Sie hat dieses Ziel jedoch verfehlt. Zudem bietet die Legalität eines Produkts allein noch keine Gewähr dafür, dass es auch nachhaltig gewonnen wurde.“ EU-News, 29. September 2022.

Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt. Weitere Kurzinfos auf dem Internet. **NZZ:** Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

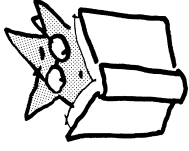
EU-News: Deutscher Naturschutzring, <https://www.dnr.de/aktuelles-terminen/aktuelles>

Werkstatt-Rundbrief, Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, www.werkstatt.or.at

<https://www.german-foreign-policy.com/>

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne



EUROPA - MAGAZIN

für dezentrale politische Strukturen in Europa
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE UND DEN DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT
für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik
gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht
für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen
FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWogene ENTWICKLUNG
GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE
FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitisieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (2 x jährlich - 30 Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (30.- für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Einsenden an: Europa-Magazin, Jupiterstrasse 9/2288, CH-3015 Bern (Telefon (0041-31-7312914; Fax: 0041-31-7312913; PC: 30-17465-5; IBAN: CH67 0900 0000 3001 7465 5)
Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

Redaktionsadresse:

EUROPA-
MAGAZIN

Jupiterstr. 9/2288
3015 Bern

Tel. 0041-31 - 731 29 14

Fax: 0041 - 31 - 731 29 13



<http://www.europa-magazin.ch>



Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

Lektorat:

Gérard Devanthy, Christian Jungen,

Logos und Büchersterne: Josef Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:

Chris Zumbrohn Ventures, CH-2610 Mont-
Soleil

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Jupiterstrasse
9/2288, 3015 Bern

3006 Bern, Tel. 0041 - 31 - 731 29 14

Fax: 0041 - 31 - 731 29 13

<http://www.europa-magazin.ch>

E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: Valmedia AG, 3930 Visp

Auflage: 1400

Erscheinungsweise: 2 mal jährlich

Jahrgang 30, Nr. 77, November 2022

Abonnement: Fr. 30.-, Euro 30.-

Redaktionsschluss: 30. April 2023

Post CHAG

P.P.
CH-3900 Brig

Retouren und Mutationen:
Europa-Magazin
Jupiterstrasse 9/2288
3015 Bern